

Internationale Demonstration 14. Juni Amsterdam

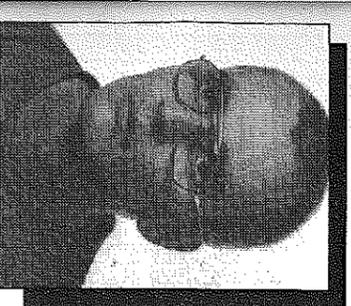
Nein zum EUROpa

des Sozialabbaus

Mitte Juni tagen in Amsterdam die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten. Unter dem Titel „Maastricht II“ soll weiter am Europa der Banken und Konzerne gebastelt werden. Aber sie werden nicht allein sein. Hunderte von Initiativen, Arbeitslosen- und Sozialverbänden, Gewerkschaften und Parlamentariern aus ganz Europa rufen zum Marsch auf Amsterdam und zur Demonstration am 14. Juni auf.

In allen EU-Ländern werden mit Maastricht und dem Euro Sozialabbau und Kürzungspolitik betrieben. Und in ganz Europa wehren sich ArbeiterInnen und Arbeitslose dagegen. Wo die Banken und Konzerne sich gegen uns international verbünden, müssen wir den europaweiten Widerstand von unten vernetzen: Für ein Europa im Interesse der Menschen statt im Interesse des Kapitals.

Auf nach Amsterdam!



Ronald Luther aus Rostock, Arbeitsloser, 24 Jahre:

Ich fahre nach Amsterdam, weil dort viele Betroffene wie ich demonstrieren werden. Ich bin Langzeitarbeitsloser und war davor bei einer Zeitungs-Firma auf dem Bau beschäftigt, die einen nur so über den Tisch gezogen hat. Dabei habe ich mitbekommen, daß ein ausländischer Kollege genauso gut arbeiten kann wie ein deutscher, aber für sehr viel weniger Lohn. Wir dürfen uns nicht aufheizen lassen gegen Portugiesen, Engländer, Franzosen. Wer uns beschließt und spaltet, wer hier die

Arbeitslosigkeit fabriziert, sind die Unternehmer. Wenn nicht genügend Arbeit auf dem Bau vorhanden sein soll, warum schieben dann so viele Bauarbeiter Überstunden? Warum gibt es Wohnungsnot, warum verfallen Häuser? Es liegt nicht an den Arbeitslosen oder Ausländern, es liegt am System. Den Unternehmen geht es nur um den Profit, wofür wir mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung und Sozialabbau zahlen dürfen. Viele von uns sind, so wie ich, trotz Arbeitslosigkeit weiter in der Gewerkschaft, denn sie ist auch unsere Vertretung. Wir Arbeitslosen müssen uns zusammen tun und in den Gewerkschaften Druck organisieren, damit sie für unsere Forderungen und Rechte kämpfen.

Die Arbeit muß auf alle verteilt werden, damit sich nicht die einen zu Tode schurften, während die anderen auf der Straße stehen. Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Sonst werden wir Arbeitslosen und gerade die Ausländer gegeneinander ausgespielt, als Lohndrücker benutzt.

➔ Gegen die Diktatur der

Banken und Konzerne

➔ Gegen Nationalismus

Und Rassismus

Der Euro würde uns noch stärker in Lohn-Konkurrenz zu Kollegen anderer Länder bringen. Zustände wie auf den Baustellen würden sich dann in jeder Branche rasch ausbreiten. Wir müssen das verhindern und ein Europa für uns Arbeiter und Jugendliche erkämpfen. Dazu kann der Euromarsch ein guter Anfang sein.

stütze ich die Euro-Demonstration voll und ganz. 5 Millionen Arbeitslose haben wir schon wieder in Deutschland, 20 Millionen in Europa. Sozialabbau und Rentenkürzung in allen Ländern. Ich sehe Parallelen zu den 30er Jahren, und deshalb ist es mir auch mit fast 80 Jahren eine innere Verpflichtung, dagegen aufzusteigen.



Horst Steinhert aus Berlin, Rentner, 79 Jahre:

Als ehemaliger Widerstandskämpfer gegen die Nazis unter-

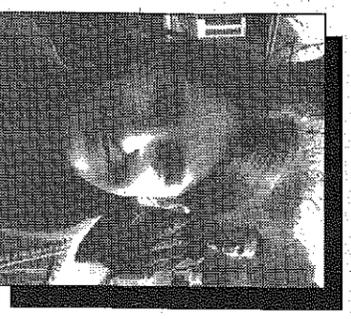


Jakob Meindorf aus Köln, Koch, 35 Jahre:

Ich fahre mit nach Amsterdam, weil Maastricht und der Euro

die Löhne und Lebensbedingungen verschlechtern werden. Bei uns in der Gastronomie werden jetzt schon Billiglöhne gezahlt. Wenn die noch weiter sinken, dann brauchen wir Zweit- und Drittjobs, besonders die arbeitslosen Kräfte. Das ist dann das McDonald-Job-Wunder, wo uns die Niederlande und England immer als Vorbild angepriesen werden.

Ich sehe auch die Gefahr der zunehmenden Verbreitung von gen-manipulierten Lebensmitteln. Die Konzentration der Lebensmittelkonzerne wird sich verstärken, das europäische Lebensmittelrecht ist ganz an ihren Interessen ausgerichtet, der Verbraucher-Schutz bleibt auf der Strecke.



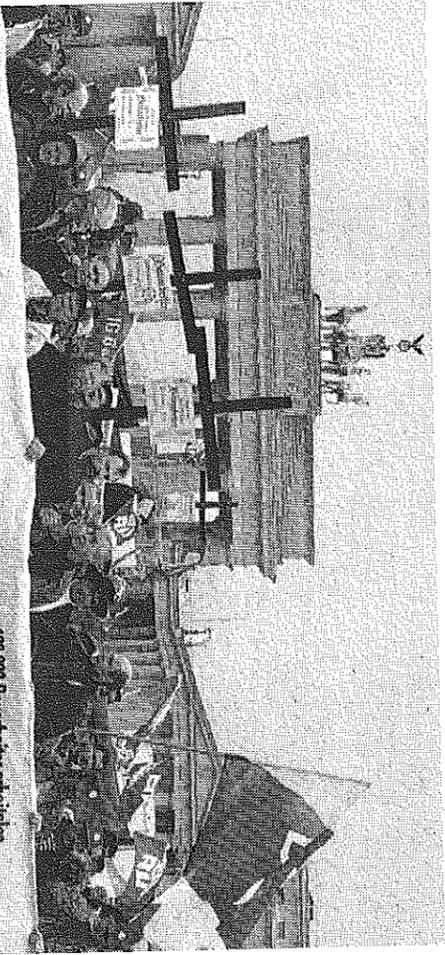
Tinette Schnatterer aus Stuttgart, Schülerin, 16 Jahre:

Wir vom Stuttgarter SchülerInnen-Rat setzen uns gegen ständig neue Kürzungen zur Wehr. Die Kürzungspolitik wie sie im Maastricht-Vertrag festgeschrieben ist, trifft auch gerade den Bildungsbereich hart. Unser Unterricht wird immer schlechter, weil die Klassen größer werden und Unterricht immer mehr dafür zahlen. Zum Beispiel wurden die Zuschüsse für Schulbücher und Schulfahrten zum 1. März gekürzt. Wir fahren nach Amsterdam!

Mitfahren!

Info-Telefon:

(0221) 13 45 04



400.000 Bauern der Welt sind arbeitslos. Wir fordern werbefreie Beschäftigung und Belegschaften gegen Agrar Umwelt

Mir haben die Schnauze voll!

Demonstration gegen Arbeitslosigkeit auf dem Bau. Nicht mit Lohnverzicht können Arbeitsplätze gerettet werden, sondern nur mit konsequenter Gegenwehr.

Jobwunder beim Nachbarn?

„Länder wie die USA, die Niederlande, und selbst Großbritannien haben geschafft, wovon Deutschland derzeit nur träumt: Millionen neuer Jobs.“ so mahnt der SPIEGEL (Ausgabe 17/97). Überall werden uns diese Staaten von Politikern und Medien als Vorbild angeboten. 6,4 Prozent beträgt die Arbeitslosenquote in den Niederlanden, 7,3 Prozent in Britannien, hierzulande dagegen 9,6 Prozent.

Angela Bankert, Köln

Dabei läuft die Propaganda immer nach dem gleichen Strickmuster: die Fälschungen der Statistiken werden verschwiegen, die miserable Art der neuen Jobs wird geleugnet oder geschönt.

Niederlande

Das Jobwunder in den Niederlanden besteht vor allem aus der Vernichtung von Vollarbeitsplätzen und Errichtung von Teilzeitarbeitsstellen. Mit 37,4 Prozent gibt es dort den höchsten Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen in der EU (Durchschnitt 16 Prozent). Über 40 Prozent der neuen Stellen sind zudem zeitlich befristet und unsicher. Die Löhne wurden mehrfach eingetoren, das Reallohnniveau ist gesunken.

In der Statistik werden diejenigen nicht erfaßt, die weniger als zwölf Stunden in der Woche arbeiten, aber eigentlich mehr arbeiten wollen bzw. einen vollen Job suchen. Bezieht man sie mit ein, steigt die Arbeitslosenquote auf 17 Prozent.

Hinzu kommen über 10 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die eine Invalidenrente wegen Erwerbsunfähigkeit beziehen. Das ist die höchste Quote aller EU-Länder und entlastet die Arbeitslosenstatistik.

Die OECD (Club der 26 großen Industrienationen) berechnet dementsprechend auch eine „erweiterte Arbeitslosenquote“ und kommt auf tatsächlich 27 Prozent Arbeitslosigkeit in den Niederlanden.

Großbritannien

Auch das englische Jobwunder hat zum guten Teil etwas mit der statistischen Zählweise zu tun, die unter der konservativen Regierung 32 mal geändert wurde. Dadurch sind allein 1,2 Millionen Langzeitarbeitslose aus den Büchern



Wundermittel Teilzeitarbeit? Eher Wundermittel Propaganda.

Unser Programm gegen Arbeitslosigkeit

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Milliarden Mark jährlich

Am Beispiel Wohnungsbau wird der Irrsinn der Marktwirtschaft deutlich. Einerseits sind hunderttausende Bauarbeiter arbeitslos, andererseits gibt es Wohnungsnot und 1 Million Obdachlose. Die Bauarbeiter bleiben arbeitslos weil den Kapitalbesitzern der Profit nicht hoch genug ist. 1992 lagen die durchschnittlichen Kapitalkosten für einen Arbeitsplatz bei rund 150.000 DM. Für 300 Milliarden könnten rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden.

★ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Zwischen 1991-95 sind 440.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeits- und Dienstleistungen bleiben liegen. Das Ergebnis sind u.a. zu große Kindergartengruppen und Schulklassen, überfüllte Urns, schlechter öffentlicher Personennahverkehr. Post, Telekom und Bahn sind seit Privatisierung nicht besser sondern schlechter geworden, was Arbeitsbedingungen, Löhne, Ausbildungsstellen, Gebühren und Service betrifft. Die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen und Neueinstellungen, bei demokratischer Kontrolle des öffentlichen Sektors im Interesse der Nutzer und Beschäftigten sind nötig.

★ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, 30 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen

Arbeitssetze, Überstunden, verlängerte Lebensarbeitszeit für die einen, erzwungenes Nichtstun für die anderen – das sind ein schreiender Widerspruch der Marktwirtschaft. Aufgrund des technischen Fortschritts und bei Verteilung der Arbeit auf alle könnten wir weniger arbeiten, bei gleichem Lebensstandard. Durch technischen Fortschritt würde und wird die Produktivität gesteigert, mit immer weniger Arbeit können dieselben bzw. sogar mehr Werte produziert werden, die Gesellschaft wird nicht ärmer sondern reicher. Im Gegensatz zu dem, was nun auch Zwickel glauben machen möchte, ist der Lohnausgleich bezahlbar.

★ Überführung des großen Kapitals (Banken, Konzerne, Versicherungen) in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Planung

Beim heutigen Wirtschafts- und gesellschaftlichen Reichtum wird eine kleine Schicht reicher, während die Mehrheit sinkende Reallohne und Armut erfährt. Um Arbeit und Armut erfährt. Um Arbeit und Armut erfährt. Um Arbeit und Armut erfährt.

unser standpunkt

Krisenkanzler

Kohl

„Er hat wohl keinen geeigneten Abgang hinterlassen, der nicht aus Flucht vor den Problemen ausgelegt würde.“ So kommentierte ein namentlich nicht bekannter CDU-Abgeordneter laut „Frankfurter Rundschau“ Kohls Ankündigung, 1998 wieder anzutreten. Richtig ist: Kohls Entschluß ist kein Zeitzeichen von fast fünf Millionen registrierten Arbeitslosen, Massenprotesten von wütenden Arbeitern und Arbeitern, der sich abzeichnenden Euro-Krise und immer lauter werdender Kritik auch aus den eigenen Reihen hat Kohl die Flucht nach vorne angeordnet, in der Hoffnung, so die Reihen der Koalition zu schließen.

Daneben sieht es oberflächlich auch aus, haben sich doch alle – vom potentiellen Nachfolger Schäuble bis zu den Koalitionspartnern aus CSU und FDP – dankbar und erleichtert gezeigt. In Wirklichkeit jedoch ist dies der wahrscheinlich letzte verzweifelte Versuch, die tiefen Risse in der Union zu überdecken. Die Partei wird auch den Ansprüchen ihrer eigenen Hintermänner in den Chefetagen der Konzerne und Banken immer weniger gerecht. Als „Volkspartei“ war die CDU/CSU immer eine Partei der sogenannten Sozialpartnerschaft. Nun wollen die Unternehmer nichts mehr von Sozialpartnerschaft wissen und ihren Kurs von Privatisierungen, Flexibilisierung, Arbeitsplatz- und Lohnabbau ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen. Kohls Kurs war ihnen dabei zu weich und inkonsequent, wie zum Beispiel in der Frage der Kürzung der Lohn-

Sozialhilfeempfänger Hilffei

Schulden für DM 13,90 brutto

Wieder einmal soll es den Sozialhilfe-Empfängern an den Krügen gehen. Irgendwo muß das Geld für die Steuer-geschenke an die Reichen, wie die Streichung der Vermögenssteuer oder die Senkung der Spitzensteuersätze, schließlich herkommen. Nach Vorschlägen von Blum und Waigel soll künftig nur noch eine jährliche Kleiderpauschale gezahlt werden.

Anne & Tinette Schnatterer, Stuttgart, Sozialhilfe- Empfängerinnen

Es war bis jetzt nicht angenehm, jedes Paar Schuhe ein-

nen viel größeren Teil unserer Lernmittel selbst bezahlen müssen, bleibt ohne Auswirkung auf die jährlichen 30 DM Schulbeihilfe. Ein Angestellter des Sozialamtes meinte dazu: „Sozialhilfeempfänger müssen wohl auch nicht unbedingt aufs Gymnasium.“

Das Ganze hat noch einen Haken: Um Sozialhilfe zu beziehen, muß alles „Eigentkapital“ aufgebraucht sein. Sparbücher, Auto usw. Arbeiter ein Sozialhilfeempfängerin, so wird der ganze Lohn, der über 145 DM liegt, von den Zahlungen abgezogen. Dabei wird nie der ganze Preis einer Waschmaschine gezahlt, im besten Fall eben eine höhere Prozentzahl. Dieser Wi-

Aus finanziellen Gründen habe ich als Hausfrau und Mutter von 5 Kindern im Alter von 7 bis 3 Jahren über die Zeitung eine Stelle gesucht und auch ziemlich schnell gefunden. Und zwar bei einer Reinigungsfirma in einem Kölner Hotel.

Laut Arbeitsvertrag hatte ich einen Schichtplan von 4 Tagen Arbeit und 2 Tage frei. Die Arbeitszeit war von nachts 23 Uhr bis morgens 5 Uhr. Hätte ich gewußt, was die unter Arbeitsvertrag-Einhaltung verstehen, hätte ich diesen nie unterschrieben.

Die erste Woche war ja noch nicht so schlimm. Aber in der zweiten Woche halsten sie ein, dann schon so viel Arbeit auf, daß man im Akkord arbeiten mußte. Es war noch nicht mal möglich, seine Pause einzunehmen. Ich habe noch nie ein meinelben Leben so viel Dreck und Scheiße gesputzt wie da.

Und von 4 Tage Arbeiten und 2 Tage frei war auch keine Rede mehr. Im Durchschnitt haben wir 14 Tage in einem durchgearbeitet, auch Sonn- und Feiertage. Und der Vorarbeiter war schlimmer als der schlimmste Antrieber. Für jeden Staubfussel, den wir übersehen hatten, flüpte der gleich aus. Und das alles für DM 13,90 brutto in der



Privates Reinigungsgewerbe heißt: Harte Arbeit für absolute Niedriglöhne.

Stunde. Ich habe es nur 6 Wochen durchgehalten, weil ich morgens nicht direkt ins Bett gehen konnte, ich mußte ja die Mädchen für die Schule fertig machen. Und anschließend mich um die zwei Kleinen und den

Haushalt kümmern. Geschlafen habe ich in dieser Zeit nur 5 Stunden. Von dem ganzen Stress in dieser Zeit brauche ich ja wohl keinem was zu erzählen.

Gabi Otto, Köln

Rückblick: Vor zehn Jahren Volk ausgezählt – Regierung angezählt

Zehn Jahre ist es her, als die Regierung vom Volk verlangte, es möge sich zählen lassen. 1987 lief mit der Volkszählung ein milliardenteures staatliches Untersuchungsprogramm, das mit Hilfe umfassender Fragebogen die BürgerInnen in all ihren Lebenszusammenhängen total erfassen und verdateln sollte.

In teuren Werbekampagnen erklärten Vertreter der Parteien – außer der Grünen – den BürgerInnen, warum es zum eigenen Wohl sei, an der Volkszählung teilzunehmen. Wenn der Staat erst mal die Zahlen hätte, könnte er die Arbeitslosigkeit besser in den Griff kriegen, Wohnungsgenossenschaften, mehr Busse und Bahnen einsetzen, bei Bedarf Bildungs- und berufspolitischen planen.

Heute, zehn Jahre später, wissen wir Kei-

nes dieser Probleme wurde gelöst, geschweige denn in den Griff bekommen.

Kein Wunder also, daß sich schon damals ein berechtigtes Mißtrauen in der Bevölkerung regte und überall Boykott-Initiativen aus dem Boden sproßen ließ. Vor allem in den Großstädten wurden trotz Bußgeldandrohung die Fragebögen massenhaft leer, falsch ausgefüllt oder zerschnitten an den Absender zurückgeschickt, bei öffentlichen Aktionen verbrannt oder auf langen Wäscheleinen aufgehängt. Die von Tür zu Tür ellen den staatlich bestellten Volkszähler wurden häufig an der Nase herumgeführt.

So wurde die Volkszählung 1987 zum ersten Reinfall der gerade wiedergewählten CDU/CSU/FDP-Regierung.

Jörg Blumenfeld, Köln

Das bißchen Haushalt ...

Mutter in einer psychotherapeutischen Tageseinrichtung. Die Krankenkasse hatte 8 Stunden für die Betreuung genehmigt. Meine Hauptaufgabe war, mich um das siebenjährige Kind zu kümmern und um die Wohnung. Allerdings wurde ich durch die fast ständige Anwesenheit der älteren Geschwister an vielen meiner Aufgaben gehindert.

Nach 10 Wochen wurde die Mutter aus der Tageseinrichtung entlassen. Damit fingen die Schwierigkeiten mit der Kostenübernahme für die weitere Betreuung erst richtig an. Ein Hin- und herlauf von einer Stelle zur nächsten fand statt. Die AOK wollte die Kosten nicht übernehmen, da bei der Mutter keine körperliche Krankheit vorlag. Das Sozialamt nicht, weil die Mutter krank war. Dann wandten wir uns an das Jugendamt, mit der Bitte, zumindest die Kosten für die Betreuung des Siebenjährigen zu übernehmen. Auch das Jugendamt lehnte ab.

Die Mutter hatte fast täglich Termine, die eingehalten werden mußten. Sie war jedoch nicht in der Lage, längere Wege

alleine zu bewältigen, da sie unter einer Angstpsychose litt. Da sie auch noch von Sozialhilfe und den Unterhaltszahlungen ihres Mannes abhängig war, gab es ständigen Geldmangel. Die Familienbetreuung sollte nach der Entlassung der Mutter aus der Tagesklinik nur noch wenige Wochen dauern, bis das siebenjährige Kind, das gerade in die Schule gekommen war, einen Hortplatz in Anspruch nehmen konnte. Einige Tage vor Ablauf stellt man bei der Mutter einen Leistungsbruch fest, der operativ behoben werden mußte.

Unbezahlte Arbeit

Da die Mutter im Krankenhaus war, der Vater sein Kind nicht für eine Woche zu sich nehmen wollte und eine Unterbringung in einem Kinderheim nicht erwünscht war, schnellte meine Arbeitszeit von täglich 6 bis 8 Stunden auf 24 Stunden und Wochenenddienst hoch. An den ersten Krankenhausaufenthalten schloß sich ein zweiter an, der sich noch einmal drei Wochen hinzog.

Ich habe innerhalb von vier Wochen insgesamt 380 Überstunden mündliche Zusagen über die teilweise Kostentübernahme für die zu leistenden Überstunden. Aber von den 380 Überstunden sind bis heute erst 20 bezahlt worden. Die Betreuung der Familie dauerte insgesamt 7 Monate.

Zusagen nicht eingehalten

Familienbetreuung bringt naturgemäß mit sich, daß dringende Anträge können ungehört bleiben. Aber es kommt immer wieder vor, daß die Krankenkassen ihre mündlichen Zusagen nicht einhalten und Rechnungen erst nach Jahren begleichen. Genehmigungen oder Ablehnungen kommen oft erst Tage oder Wochen später, nach Überprüfung durch den medizinischen Dienst, zu den Krankenkassen zurück, wenn wir schon längst in den Familien tätig sind.



Sozialschnüffler

Die bayerische Gemeinde Bad Tölz sucht per Stellenausschreibung „Mißbrauchsermittler“, nicht gegen Finanzbehörden oder Steuerhinterziehung, sondern gegen Sozialhilfeempfänger. „Recherchestark“ sollen sie laut Pressesprecher der Gemeinde sein, die Stellenausschreibung fordert „Verhandlungsgeschick“ und „sicheres Auftreten“. 100.000 DM läßt sich die Gemeinde, die Sozial-schnüffler kosten, die auf 610 Mark-Basis arbeiten sollen.

Im hessischen Main-Kinzig-Kreis hält man dagegen nichts von ungelentem Sozialdetektiven, sondern ist stolz auf vier ausgebildete Sozialamtsmitarbeiter, die für die Schnüfflerfähigkeit abgestellt sind und z.B. nach auffälligen Verhalten am Zahlungsfähnden.

Tops ...

Die New Yorker Zeitschrift „Fortune“ veröffentlicht regelmäßig die Daten der größten Unternehmen international. Danach sind im Jahr 1995 die Gewinne der 500-Top-Konzerne um 15 Prozent gestiegen. Die Konzentration des Kapitals hat demnach zugenommen, daß allein die 200 größten Konzerne die Weltwirtschaft fest im Griff haben. Ihre Umsätze addieren sich auf 7 830 Milliarden Dollar, das ist rund ein Drittel des Welt-Sozialprodukts (25 223 Milliarden Dollar). Trotz internationaler Operationen der Multis haben 187 der Top 200 ihren Sitz in nur 8 Industriestaaten.

... und Flops

Dem privaten Reichtum in den Händen weniger steht ein weltweit gigantischer Schuldenberg gegenüber. Die Gesamtverschuldung aller Staaten (Regierungen, Unternehmen und Haushalte zusammengekommen) beträgt 33.100 Milliarden Dollar, das sind rund 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aller Länder der Erde. Der Schuldenberg wächst jährlich um 6 bis 8 Prozent, viernmal so stark wie das weltweite BIP.

Rekorde

Die großen Drei der Chemiebranche – konnten alle im letzten Jahr Rekordgewinne ihrer Konzerngeschichten melden. Die BASF erzielte 4,414 Milliarden Mark Gewinn vor Steuern, Bayer 4,464 Milliarden und Branchenführer Hoechst verbuchte eine Gewinnsteigerung um 29 Prozent auf 5,3 Milliarden. Auch für die Belegschaft mehren sich die Rekorde: 2600 Stellen wurden 1996 bei Bayer im Inland abgebaut, 1997 sollen weitere 1000 folgen. 37.000 Jobs vermittelte Hoechst zwischen 1991 und 1996 im Inland.



... wir hier unten

Die Genehmigung einer Familienpflegerin zur Unterstützung

Als ich in dieser Familie mit der Betreuung anfang, war die



Von den vielfachen Belastungen des Alltags sind immer mehr Frauen überfordert.

Immer mehr Mütter werden heute nicht mehr mit ihren Kindern und ihrem Haushalt fertig, weil sie sich überfordert fühlen und ihnen die nötige Anerkennung fehlt. Durch meine Tätigkeit als Familienpflegerin bekomme ich mit, daß immer mehr Frauen an physischen und vor allem an psychischen und psychosomatischen Krankheiten leiden.

Dorle Zerbin, Köln

Ämter-Slalom

der Familien wird von den Krankenkassen oft bürokratisch gehandhabt. Besonders beschämigt hat mich vor einiger Zeit die Betreuung einer Familie, wo sich die Mutter nach knapp achtehnjähriger Ehe von ihrem Mann getrennt hat, weil sie den Belastungen nicht mehr gewachsen war. Aus dieser Ehe gab es drei Kinder im Alter von 18, 14 und 7 Jahren.

Als ich in dieser Familie mit der Betreuung anfang, war die

Tabubrecher Zwickel

Klaus Zwickel, der Vorsitzende der IGM, gefällt sich in der Rolle des Tabubrechers. Auf dem sogenannten Beschäftigungspfeil des DGB im April bot er den Unternehmen Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich an; die anwesenden Politiker waren überrascht und konnten nur noch Dankbarkeit stammeln. Nur die Besessenen selbst, die Unternehmensverbände, wiesen die freiwillige Opferfrage undankbar ab. Sie wissen, was vor Jahren die IG Metall auch noch wußte: Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Denn der rasante Arbeitsplatzabbau wird nicht von den Lohnkosten verursacht. Außerdem setzen sie auf Flexibilisierung und Mehrarbeit der bestehenden Belegschaften.

So werden wir wohl eine Neuauführung des Theaters um das Bündnis für Arbeit erleben, eingeleitet ebenfalls von Tabubrecher Zwickel. Im November 1995 verkündete er auf dem IGM-Kongreß den einseitigen Lohnverzicht, falls die Unternehmer im Gegenzug Arbeitsplätze schaffen. Das taten sie zwar nicht, sondern bauten im Gegenteil weiter ab. Die Demustgisse war aber der Auftakt zu „Bündnis“ gesprächen und Kanzlerrunde. Übrig blieben der Lohnverzicht und das Sparpaket der Regierung vom letzten Jahr. Gewerkschaftsfunktionäre begründeten ihre freiwilligen Verzichtangebote damit, beim Thema Arbeitslosigkeit wieder in die gesellschaftspolitische Offensive zu kommen. Doch sie leisten Regierung und Unternehmerlager nur Schutzhilfe. In-Unterstützung in die Offensive zu gehen mit Lohnrückkehr und Verzichtspolitik. Wie ein offensiver Kampf um Arbeits-

plätze aussehen könnte, hat sich in Ansetzungen bei den Aktionen der Stahlarbeiter, der Bauarbeiter, insbesondere aber der Bergleute gezeigt. Bei offiziell 5 Millionen schlägt die Stimmung allmählich um in die Bereitschaft auch zu militanteren Aktionen. Start daß jede Branche und jeder Betrieb für sich allein antritt und sich am Schluß doch wieder nur mit Stellenabbau ohne betriebsbedingte Kündigungen abspeisen läßt, müssen solche Kämpfe gebündelt und ausgedehnt werden, verbunden mit einem Programm gegen Stellenabbau, für Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohnausgleich und Neuenstellungen. Dies würde die Gewerkschaften tatsächlich in die Offensive bringen und dem Problem der Massenarbeitslosigkeit ernsthaft zu Leibe rücken.

VW plant weitere Flexibilisierung

„28 Stunden nur auf dem Papier ...“

Über den Zeitarbeits-Vorstoß der Geschäftsleitung und die laufende Tarifrunde bei VW sprach VORAN mit Thorsten Wenderoth, IGM-Vertrauensgruppenleiter in der Gießerei von VW Kassel.

VORAN: VW hat ja kürzlich mit der Forderung nach einer VW-eigenen Zeitarbeitsfirma mit niedrigeren Tarifen eine Bombe gezündet. Was würde das bedeuten?

T. W.: Kollegen während, obwohl sie die gleiche Arbeit verrichten, unterschiedlich entlohnt. Der gewerkschaftliche Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wäre zerstört. Die Belegschaft würde gespalten. Diese Lohnrückerei müssen wir verhindern. Würde die Gewerkschaft dem zustimmen, wäre das ein Dammbuch. Immer weniger würden zu VW-Tarifen beschäftigt und immer mehr über die neue Zeitarbeitsfirma. Der Tarifvertrag wäre vollständig unterhöhlt. Diese Lohnrückerei hat System. Auf immer mehr Kollegen wird es Druck geben, in der Zeitarbeitsfirma zu arbeiten, bis dann die VW-Tarife irgendwann endgültig zerstört sind.

Wie begründet VW die Zeitarbeitsfirma?

In allen VW-Werken werden Sonderschichten und Überstun-

den gemacht. Letztes Jahr waren es über 11 Millionen. Das Personal ist ausgedünnt. VW will nun damit in der Produktion Lücken stopfen und Produktions-spitzen ausgleichen. Das soll möglichst billig geschehen.

Aber ihr habt doch eigentlich die 28,8 Stundenwoche?

Die gibt es nur auf dem Papier. In Kassel haben wir zum Beispiel 1996 durchschnittlich 31,5 Stunden gearbeitet. In Hannover waren es sogar 35,6 Stunden, in Braunschweig auch über 35 Stunden. Bei uns in der Gießerei arbeiten wir seit Monatsanfang in der 6-Tagewoche, rund 48 Stunden wöchentlich im 3-Schichtbetrieb. Ein Teil der Kollegen fängt Sonntagsabend um 22 Uhr an. Ein anderer Teil hört erst um 22 Uhr samstags auf. Nach drei Wochen haben wir eine knappe Woche frei. Aber innerhalb von drei Wochen haben wir nur einen freien Sonntag und kein freies Wochenende. Wenn es nach VW-eigenen, würde das zur Regalarbeitszeit. Wir brauchen zusätzliche Personal, aber zu VW-Tarifen und unbefristet!

Wie wird die Tarifrunde innerhalb der IG Metall im Betrieb diskutiert?

Bisher gab es zwei Verhandlungsrunden, aber im Betrieb wurde noch kein einziges Mal über unsere Tarifforderungen

gesprochen. Es hat noch keine Vertrauensleistungsverammlung gegeben, auf der wir zum Beispiel über unsere Lohnforderung gesprochen haben. Es liegt die Verantwortung nahe, daß die IG-Metall-Spitze das alles im stillen Kämmerlein verhandeln will, wie in der Fläche, wo die Kollegen auch keinen Einfluß auf die Forderungen und Verhandlungen hatten.

Im Betrieb haben wir bisher nur mitbekommen, daß die Beschäftigungssicherung wieder ein Ding sein wird. In diesem Zusammenhang will VW eine neue Altersregelung, daß heißt, den weiteren Abbau von Arbeitnehmern über Vorruhestand. VW sagt, daß es eine neue Altersregelung nicht umsonst gibt, es muß finanziell sein. Sie wollen, daß die Kollegen bezahlte Pausen und ein Teil von künftigen Lohnhöhungen in die Altersregelungen einbringen. Im Klartext heißt das: man bekommt den Gegenwert der Pausen und Lohnerhöhung auf ein Zeitverkonto gutgeschrieben und am Ende der Lebensarbeitszeit kann man von diesem Guthaben früher in Rente gehen, allerdings mit weniger Rente. Außerdem will VW den Samstag zum Regelarbeitstag machen.

Wie ist die Stimmung der Kollegen?

Sie haben große Angst vor weiterer Flexibilisierung, zum Beispiel vor der 6-Tagewoche als Regel. Keiner ist bereit, nur eine Mark abzugeben oder etwas von den Pausen zu opfern. Die Kollegen erwarten, daß nach den letzten Profifahren bei VW wieder was in der Tasche hängen bleibt. Dafür müssen wir jetzt in den Werken Druck machen. Ich könnte mir eine Festgeldforderung von 500 DM vorstellen, um die üblichen Einbußen der letzten Jahre auszugleichen.

Obwohl VW 2,5 Milliarden DM in der Bilanz versteckt hat, bleiben immer noch 700 Millionen DM ausgewiesener Gewinn übrig. Dieses Geld ist auf unsere Knochen erwirtschaftet worden, wir müssen uns einen Teil davon zurückholen.

„Rotstift“ Nr. 6 erschienen!

Das Betriebsblatt „von Kollegen für Kollegen“ von VW Kassel ist jetzt erschienen, mit Artikeln zur Tarifrunde und zu Zeitarbeit. Bestellungen über die Redaktion VORAN oder direkt bei:

Redaktion Rotstift, Heinrich-Heine-Str. 47, 34121 Kassel, Tel. (05 61) 285834

Bauer-Druck Magdeburg

Streikerfolgs gegen Tariffucht

UNSERE ANTWORT
STREIK

Mit einem 3tägigen Streik haben die 75 Druckerinnen der „Magdeburger Volksstimme“ die volle Tariffin-dung des Betriebes gegen die Blockade-Haltung des Bauer-Verlages durchgesetzt.

Claus Ludwig, Köln

Sie haben damit die Einstel-lung zusätzlicher Druckerinnen erzwingen, da die Anhänge zum Mantelarifvertrag eine feste Anzahl von Druckern pro Maschine festschreiben. Bauer-Druck wollte bei der „Volksstimme“ eine beispiel-hafte Tarifflicht durchsetzen, die den Flächenarifvertrag wei-ter durchlöchert hätte. Das Un-ternehmen griff zu allen Mit-teln: Streikbrecher wurden per Hubschrauber eingeflogen,

brieflich und telefonisch wur-den die Partner und Kinder der Streikenden aufgefordert, Druck auf diese auszuüben, da-mit sie ihren Arbeitskampf ab-brechen.

Ein wichtiger Faktor bei dem Sieg war die Solidarität vieler Gewerkschafter aus dem gan-zen Land. Nach den ersten Kan-galleiten mit einem privaten Si-cherheitsdienst kamen mehrere hundert IG-Medien-Mitglieder nach Magdeburg.

Auch der Versuch, in Groß-britannien Streikbrecher anzu-heuern, scheiterte kläglich. Ge-werkschafter der britischen GPMU bekamen davon Wind und ließen sich zum Schein als Streikbrecher einstellen. Am Betrieb angekommen, entrollen sie ihre Gewerkschaftsfähne.

Im März wurde „Sophia Jac-coba“, die letzte Zeche im Aachener Revier geschlossen. VORAN sprach mit Jutta Schwinkendorf, Sprecherin der Fraueninitiative, die 10 Jahre lang gegen Arbeits-platzabbau und Zechen-schließung gekämpft hat.

hat, sich gesellschaftlich einzu-mischen.

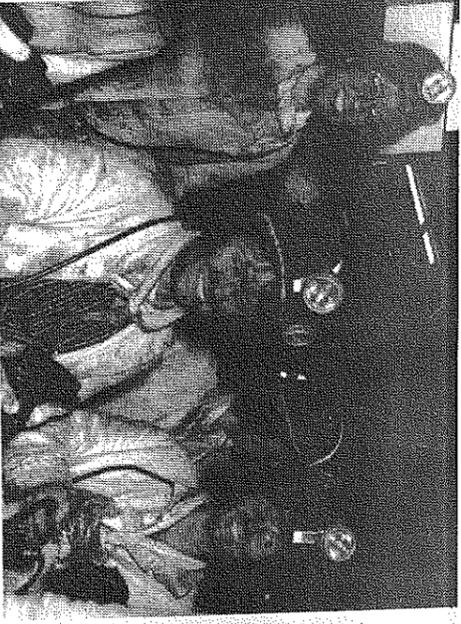
Was hälst du von den „Ersatzarbeitsplätzen“ und von dem „sozialverträglichen“ Abbau von 40.000 Arbeits-plätzen bei der Kohle bis 2005?

1988 gab es 5000 Arbeitsplät-ze und 500 Lehrstellen auf „St“. Sie sind unwiderruflich weg. Mit den Arbeitsplätzen der Zu-lieferbetriebe sind 7500 Ar-beitsplätze für immer der Re-gion verloren gegangen. Einige Handwerksbetriebe mit 20-30 Beschäftigten können kein Er-satz sein. Die Arbeitslosigkeit ist von 8 auf 15 Prozent im Kreis gestiegen. Bergarbeiter wurden bei Einstellungen be-vorzugt, aber das sind keine Er-satzarbeitsplätze, es wäre ja sonst jemand anders einstellt worden. Die Fraueninitiative hat dazu beigetragen, zu erklären, daß wir gemeinsam für Arbeits-plätze kämpfen müssen und uns nicht entschuldigen lassen dürfen. Es wird viel gebaut in Hückelhoven, aber meist nur Wohnungen. Die Stadt entwik-kelt sich zu einer Schlafstätte von Düsseldorf.

Auch beim „sozialverträgli-chen Abbau“ sind die Arbeits-plätze für die kommende Gene-ration verloren. 1988 wurde uns noch gesagt, daß es einen über-lebensfähigen Bergbau unter 50 Millionen Tonnen Förderung und unter 100.000 Beschäftig-ten nicht geben kann. Heute ist die Förderung bei 35 Millionen-Tonnen angelangt. Ich glaube nicht an Überlebensfähigkeit nach 2005 bei dem geplanten Abbau.

Die Fraueninitiative hat eine große Rolle bei der Ver-teidigung der Zeche gespielt und bundesweit Schlagzeilen gemacht. Ihr habt beispiels-weise das Wirtschaftsmini-sterium blockiert und Delega-tionen zu anderen Zechen ge-schickt. Ihr habt eigentlich immer die Männer in Zug-zwang gebracht. Was ist dar-aus geworden?

Wir waren meist Hausfrauen, die weder politisch oder sonst- wie aktiv gewesen sind. Mit dem Beginn des Kampfes hat sich schnell vieles geändert. Es fand eine umfassende Politisie-rung bei den Frauen statt. Wir waren unbesritten mutiger und kämpferischer als die Männer. Viele können sich heute nicht vorstellen, ganz ins Private zu verschwinden. Sie wollen auch nicht die harte, aber bewegte Zeit vermissen. Seit 1991 ist die Fraueninitiative in das Frauen-netzwerk eingegangen. Das Netzwerk wurde gegründet, um dafür zu sorgen, daß bei dem „Strukturwandel“ Frauen nicht unter die Räder kommen. Wir leisten viel Aufklärungsarbeit darüber, daß Arbeitslosigkeit nicht nur Männern schadet. Wir wollen uns weiterhin einmi-schen. Resignation ist nicht an-gesagt.



Die Fraueninitiative war eine treibende Kraft im Kampf um „Sophia Jacoba“.

„Kaum Ersatz für Arbeitsplätze“



Jutta Schwinkendorf

VORAN: Was empfindet du bei der Schließung von „Sophia Jacoba“?

Der 27. 3. ist eigentlich ein Trauertag für Hückelhoven und die gesamte Region. Nach 10 Jahren Kampf wollen wir gera-de nicht stumm und stillschwei-gend auseinander gehen. Die Bevölkerung kam wieder zu ei-nem Packetzug mit 5000 Teil-nehmerInnen. Der Arbeitskampf hat Solidarität in der Region ge-schaffen.

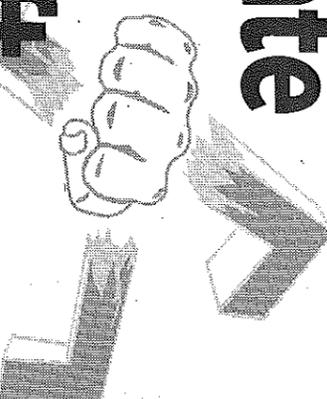
Hat sich denn der Kampf gelohnt?

„Sophia Jacoba“ („St“) dürfte die letzte Zeche sein, die „sozi-alverträglich“ geschlossen wird. Eben wegen dem langjährigen Kampf der Bergarbeiter und der Fraueninitiative, aber insbeson-dere wegen dem zeitweiligen Ausfrand der gesamten Region. Dies hat natürlich mächtig poli-tischen Druck entfaltet.

Viele Kumpels wurden wäh-rend ihrer Arbeit umgeschult. Der größte Teil der Belegschaft ist in die Anpassung gegangen (früher in die Rente ohne gro-ßen Einkommensverlust). 560 haben Verträge bei der Ruh-kohle AG, 500 sind bei der Hand-werksbetrieben untergekom-men. Allerdings haben einige Betriebe die Tatsache, daß sie für die Probezeit nur einen klei-nen Teil des Lohnes selber tra- gen brauchen, ausgenutzt, um billige Arbeitskräfte für einige Wochen zu haben.

Etwas 250 Kumpel sind unver-sorgt geblieben. Jedem würde zwar ein Vertrag bei der Ruh-kohle AG angeboten, doch für viele kam der Umzug oder die tägliche Fahrt ins Ruhrgebiet nicht in-Frage. Es ist auch nicht einfach: mein Mann und ich sind die ganze Zeit über sozial engagiert gewesen, solange er hier vor Ort gearbeitet hat. Jetzt arbeitet er in Düsseldorf, was einen 12-Stundentag bedeutet. Daß man die fehlende Zeit ein-sparen muß, bedeutet einen Ver-lust an demokratischen Leben. Ein Stück Demokratie geht ver-loren, weil man keine Zeit mehr

Euro-Rechte wintern Morgenluft



Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Verslumung der Städte sind ähnliche Probleme in allen europäischen Staaten. Zum Verwechseln ähnlich sind sich auch die Parteien: egal ob Konservative oder Sozialdemokraten, ob Grüne oder Ex-Kommunisten, sie alle haben die kapitalistische Marktwirtschaft und ihre Sachzwänge akzeptiert.

Das ist der Boden, auf dem Schneidernativen von Rechtsaußen gedeihen. Derzeit sind weniger die militanten Neonazis im Aufwind als vielmehr die rechtsextremen, populistischen Parteien, die aber gleichwohl mit faschistischen Elementen durchsetzt sind: die Nationale Front in Frankreich, in Österreich die FPÖ Haider, in Belgien die Vlaams Blok, in Italien die Alleanza Nazionale Finis.

Andererseits die offen faschistischen Gruppierungen sind diese Parteien keine Randscheinungen mehr, sondern erzielen beachtliche Wahlerfolge in ländlichen Gebieten, Kleinstädten aber auch in sozialen Brennpunkten der

Großstädte.

Auch in Deutschland nehmen die Aktivitäten der Rechtsextremen und Neonazis wieder spürbar zu. Fast täglich werden, besonders aus Ostdeutschland, brutale Überfälle auf Nichtdeutsche oder linke Jugendclubs gemeldet. Aus Anlaß der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht versammelten sich in München rund 5000 Neonazis, überwiegend Jugendliche. Auftruf war die NPD, die nach einer Phase der Reorganisation der rechtsextremen zum Sammelbecken geworden ist. Nach diesem „Erfolg“ – es war die größte Demo der Nazis seit Jahren – streben sie weitere Mobilisierungen an, z. B. zum 1. Mai.

Es gibt zahlreiche Querverbindungen zwischen den rechtsextremen Gruppen und Strömungen, die sich in Zukunft enger zusammenschließen könnten: die NPD, die Repp, die sich bei der hessischen Kommunalwahl auf niedrigerem Niveau stabilisiert haben, rechtsextre-

me Kreise der CSU (z. B. um Gauweiler), der „Bund freier Bürger“ Manfred Brunner, der Von-Stahl-Flügel in der FDP, der offen mit Haider sympathisiert. Aus diesem Gemisch, gesäubert von allzu offensichtlich faschistischen Elementen, könnte sich eine breitere rechtsextreme Partei, etwa nach dem Vorbild der FPÖ, auch hier bilden.

Ein Kristallisationspunkt könnte dabei die Diskussion um den Euro werden, die sich in den nächsten 18 Monaten noch zuspitzen wird. Gegen den Euro ziehen die Rechten mit DM-Chauvinismus und nationalistischen Argumenten zu Felde. Wenn die Opposition gegen das Euro-Projekt allein den Rechtsextremen überlassen wird, könnten sie Zulauf erhalten.

Grenzüberschreitender Widerstand gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Rassismus und das Euro-Projekt sowie politische Antworten auf die Krise des Systems sind daher zentrale Aufgaben der Linken und der Gewerkschaften. ■

Stuttgart:

Der Stuttgarter SchülerInnenrat (SSR) protestiert gegen die Kürzung von Zuschüssen bei Bus und Bahn. Das Rathaus wurde spontan gestürmt, die Politiker gezwungen, mit den SchülerInnen zu diskutieren. Eine Schülerin erhielt allerdings eine Anzeige. Der Protest wird weitergeführt.



Berliner Schüler machen mobil

Am 28.2.1997 beschloß der Berliner Senat den „Sparsahaushalt“ für das neue Jahr. Obwohl fast alle Berliner betroffenen sind, regte sich in der letzten Zeit nur wenig Widerstand. Einzig die SchülerInnen vermochten der SPD/CDU-Koalition einen scharfen Protestwind ins Gesicht zu blasen.

Helko Schweyer, Berlin

Mit 22.000 Teilnehmern erlebte Berlin am 26. Februar eine der größten Schülerdemos der Geschichte. Die Kürzungen bei Lehrmitteln und die Entlassungen von Lehrern trotz steigender Klassenfrequenzen erzielt Ost und West. In einem Stimmarsch zogen die Züge zum Brandenburger Tor, wo sie sich anschließend vereinten.

In Protesttagen, die zusammen mit Studenten durchgeführt

wurden, konnte sich die Schilferschaft über die Auswirkungen der Kürzungen informieren. Eines ist den meisten SchülerInnen klar, wir werden solange protestieren, bis wir uns Aussehen wie „Der Leitlinie des Senats, die junge Generation zu fördern, wurde Rechnung getragen...“ (gez. Stammer (SPD) Senatorin für Sport, Schule, Bildung und Kultur nicht mehr länger bieten lassen müssen. ■

Widerstand gegen Le Pen

Über Ostern hielt die Nationale Front Le Pens ihren Kongreß in Straburg ab. Was Anlaß für massive Protestaktionen war. Freibrüger SAV-Mitglieder berichten von der internationalen Demonstration am 29. März, zu der 200.000 Menschen kamen.

Es wurde sehr begrüßt, daß wir als Deutsche die Aktion unterstützten und viele diskutierten mit uns oder berichteten besorgt vom aufkommenden Rassismus, z. B. an den Schulen.

Auf dem dem Place de l'Etoile in Straburg war nur eine musikspielende Lautsprecheranlage aufgebaut. Die von der deutschen Pres-

se hochgelobte Oberbürgermeisterin Catherine Trautmann (Sozialistische Partei) und ihrer „Front Citoyen“ waren nicht zu sehen und die Auftraktkundgebung fiel aus. Nach und nach formierte sich in den angrenzenden Straßen der Demonstrationssog Aus Frankreich hatten unter anderem SOS Rassismus, Jungsozialisten, Gewerkschaftsverbände CDDT und auch CGT eigene Demoblocke.

Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und unsere Schwesterorganisation Gauche Revolutionnaire bildeten mit 150 Leuten den lebendigsten Demoblock, dem wir uns anschlossen.

Le Pen

Sie hatten drei große und gelbe JRE-Transpante, viele kleine JRE-Fahnen und einen mit Transparenten und Plakaten bestückten Lautsprecherwagen. Es wurden ständig gute und stimmungsvolle Parolen skandiert, während der Rest der Demonstration eher ein Schweigemarsch war.

Der Block von JRE/Gauche Revolutionnaire war sehr gut organisiert, weshalb er im Gegensatz zu den meisten anderen auch nicht auseinanderfiel. Ein CDDT-Funktor mit einem Handy versuchte vergeblich, GewerkschaftlerInnen zum Verlassen des Blockes zu bewegen.

Der Marsch durch die Straßen der Stadt



„Arbeitsplätze statt Rassismus“. Demonstration in Brügge.

Foto: The Socialist

Kampagne gegen Nazi-Gewalt

Im flämischen Teil Belgiens ist der Vlaams Blok aktiv, und hat in Antwerpen bei den letzten Kommunalwahlen 27 Prozent erzielt. In Brügge haben Faschisten ein Jahr lang linke Jugendliche in der Stadt terrorisiert. Hauptziel ihrer Angriffe war Militant Links (Kämpferische Linke), die belgische Schwesterorganisation von SAV, und die von ihnen geführte antifaschistische Jugendorganisation Blokkuster. Geert Cool von Militant Links und Blokkuster berichtet über die erfolgreiche Kampagne gegen den Vlaams Blok und seine Jugendorganisation.

Es begann bei einer Demonstration der Blokkuster gegen eine Versammlung des Vlaams Blok vor etwas über einem Jahr. Mitglieder der nationalistischen Schlierenorganisation NJSV, die dem Vlaams Blok nahesteht, griffen unsere Demo an, aber wir konnten sie vertreiben. Danach begann ihre Kampagne gegen uns. Sie schickten einen Spitzel in unsere Reihen, einen gewissen Jeroen Mol. Der schrieb anschließend zwei Artikel über uns in faschistischen Blättern. Wir wurden als Gefahr und „aufgehender Stern der Ultralinken“ beschrieben.

Überfälle auf Linke

Den Worten folgten die Taten auf dem Fuß. Die Jung-Faschisten kamen in linken Kneipen-Treffs vorbei, provozierten und bedrohten uns, beschmierten Schulwände mit Hakenkreuzen, verteilten Anstecker gegen Militant Links. Am Haus eines Genossen von uns prangten Todesdrohungen.

Nach diesen Vorfällen organisierten wir im August letzten Jahres eine Protestaktion, um die Schließung eines faschistischen Zentrums zu fordern, von wo ihre Aktivitäten ausgingen. Am selben Abend wurde eine linke Kneipe von Faschisten überfal-

len und der Eigentümer verletzt. Eine Woche später meldete sich eine „Flämische Befreiungsfront“ und kündigte eine Bombe in einem Pflichtlingsheim an, was sich allerdings als Bluff herausstellte.

In derselben Woche ging Jeroen Mol an die Medien und erzählte, er sei von Antifaschisten überfallen worden, er habe darunter Mitglieder von Militant Links erkannt, was zu polizeilichen Vernehmungen unserer Mitglieder führte.

Im November überfiel ein unidentifiziertes, gut trainiertes Kommando von 25 Faschisten Mitglieder von Militant Links bei einer Aktion zur Rolle des Shell-Konzerns in Nigeria, entrissen uns Fahnen und Flugblätter, verbrannten diese, griffen uns an. Mol schlug einen von uns krankhauserst.

Wir nahmen Kontakt zu verschiedenen Organisationen in Brügge auf, um eine gemeinsame Gegenkampagne zu organisieren. Aber niemand wagte, sich zu beteiligen. Um dieses Klima der Einschüchterung in der Stadt zu ändern, nahmen wir die Kampagne landesweit auf und erklärten, daß die Faschisten Brügge als Testfall betrachten. Wenn sie diese Stadt ohne Widerstand terrorisieren können, werden sie es auch in anderen Städten versuchen. Wir riefen für Ostersonntag diesen Jahres zu einer Demonstration gegen die faschistische Gewalt in Brügge auf.

Bombe selbst gelegt

Im Vorfeld dieser Demonstration versuchte besagter Jeroen Mol erneut ein Manöver. Er legte an seinem Haus eine Bombe, behauptete er sei nur aus einem glücklichen Zufall nicht tot, und machte Militant Links dafür verantwortlich. Die landesweiten Medien übernahmen seine Story sofort, Rundfunk und Fernsehen berichteten.

Bei der polizeilichen Untersuchung des Hauses fand man je-

doch Gewehre und Pistolen, eine Axt mit Nazi-Symbolen drauf, und Indizien wie ein Stück Kordel, das auch für die Bombe benutzt worden war. Nach längerem Verhör gab Mol zu, die Bombe selbst gelegt zu haben, was dann auch in den Medien verbreitet wurde.

Ein paar Tage darauf stießen wir auf dem Wochenmarkt von Brügge auf großes Interesse. Jeder hatte von dem Vorfall mit der Bombe gehört und unterstützte uns. Wir konnten 100 unserer Zeitungen verkaufen. Wir erklärten, daß es keinen Unterschied gibt zwischen den „respektablen“ Faschisten im Parlament und den Straßenkämpfern.

Zur Demo am 29. März versammelten sich 700 Antifaschisten in der Stadt, begleitet von einem Aufgebot von 300 Polizisten. Die Faschisten hatten angekündigt, 500 zu mobilisieren, aber sie brachten nur 100 zusammen, die sich nicht unsere Nähe wagen konnten. Auf unserer Demo waren auch internationale Delegationen unserer Schwesterparteien, was sehr sehr beeindruckt hat: von der Sozialistischen Partei Britanniens, von der SAV aus Deutschland, von Offensief aus den Niederlanden.

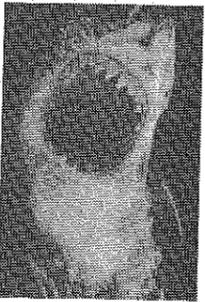
Unter dem Druck unserer Kampagne mußte sich die örtliche Vlaams Blok offensichtlich von der NJSV distanzieren, sie verboten ihnen sogar den Zugang zu ihrer Parteizentrale.

Die Kampagne war ein großer Erfolg, denn jetzt kann man sich in Brügge wieder freier bewegen. Die Jugendlichen wagen wieder, gegen die Faschisten aufzutreten. Auch wenn der Vlaams Blok viele Stimmen bei Wahlen in der Stadt bekommen hat, haben wir gezeigt, daß die Antifaschisten immer noch stärker sind als die Faschisten. ■

EUROPADES KAPITALS...

Warum wir gegen den EURO sind

Ab 1. 1. 1999 soll die Europäische Währungsunion (EWU) starten. Zwischen den Teilnehmer-Staaten werden feste Wechselkurse festgelegt, die Geldpolitik geht in die Hände der Europäischen Zentralbank (EZB) über. Nach einer Übergangszeit von drei Jahren soll der Euro bis 2002 als europäische Einheitswährung alleiniges Zahlungsmittel sein. Im Frühjahr 1998 wird über die Teilnehmerstaaten entschieden, die im Jahr 1997 die Maastricht-Kriterien erfüllen sollten: Staatsverschuldung nicht mehr als 60 Prozent des Sozialprodukts, jährliches Haushaltsdefizit nicht mehr als 3 Prozent, niedrige Zinsen und Preissteigerungsraten.



Was bedeuten EWU und Euro für die Arbeitnehmer?

Mit dem Euro werden Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit in der EU verfestigt. Schon an der Spar- und Kürzungssorgie zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien kann man sehen, wohin die Reise geht. EWU und Euro verschärfen diese Politik zugunsten des Großkapitals und zu Lasten der Bevölkerung noch und sollen sie ein für allemal festschreiben. Eine gemeinsame Währung zwingt zu gemeinsamer Finanzpolitik. Der Weltlauf: wer hat die niedrigsten Löhne, Unternehmensesteuern, die schlechtesten sozialen und Umwelt-Standards wird sich verschärfen.

Mit dem Euro wird die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Unternehmen verschärft, da Produktivität und Lohnkosten direkter vergleichbar sind, ohne Wechselkurs-Schwankungen oder -verzerrungen. Das bedeutet: Niedrige Löhne drücken noch unmittelbarer auf das allgemeine Lohnniveau. Zustände wie jetzt schon an den Baustellen werden sich verallgemeinern. Die stärksten Konzerne verdrängen oder schlucken die schwächeren, diese Konzentration führt zu massiven Arbeitsplatzverlusten. Mit dem Euro wird sich die Kluft zwischen den armen und reichen Regionen Europas vertiefen.

Die Wechselkurse der Währungen wirken als „Puffer“, der das Gefälle zwischen verschiedenen starken Ländern und Regionen abfedern kann. Mit dem Euro fielen dieser Puffer weg. Unterschiedliche Wirtschaftsstruktur, Produktivität und soziale Bedingungen der Regionen prallen direkt aufeinander. Großkapital fließt vor allem in die profitabelsten Konzerne, Branchen und Regionen, alle anderen Regionen werden abgehängt, ähnlich wie Ostdeutschland nach der Währungsunion. Es wird wenige reiche High-Tech-Regionen geben, der Rest säuft ab. Dies kann auch nicht durch staatliche Transferleistungen aufgefangen werden, die im europäischen Maßstab gigantisch sein müßten und denen außerdem der öffentliche Sparzwang entgegensteht.

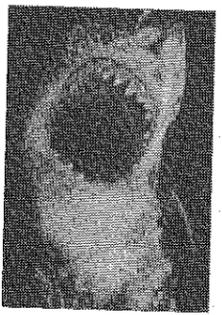
Welche Interessen stecken hinter dem Euro?

Der Sinn des Euro besteht dar-

Wird das Geld durch die Umstellung auf den Euro entwertet?

Die Umstellung selbst bewirkt keine Entwertung oder Vermögensverschiebungen wie etwa bei einer Währungsreform. Alle in Geld ausgedrückten Werte werden lediglich zu einem festgelegten Verhältnis in Euro umgerechnet.

Sollte die EWU mit festen Wechselkursen und einheitlicher Geldpolitik in der dreijährigen Übergangsphase stabil durchzuhalten sein, dann wäre die Umstellung auf Euro nur ein technischer Vorgang. Aber die wirtschaftlichen und politischen Probleme können zu Schwächschritten der Währung und Kaufkraftverlusten führen. Der Euro wird wahrscheinlich



eine Weichwährung, weil er durch unterschiedlich starke und schwache Volkswirtschaften unterlegt ist, weil die Staatsverschuldung weiter anwachsen wird. Weichwährung bedeutet Kaufkraftschwächung durch Vertreibung der Importe (besonders Rohstoffe aus Nicht-Euro-Ländern) und bedeutet hohe Zinsen, von denen Vermögensbesitzer profitieren, die aber die Masse der Bevölkerung belasten.

Muß man nicht als guter Europäer für den Euro sein, zumal rechte Nationalisten dagegen sind?

Wir lehnen den Euro aus sozialen Gründen ab, nicht aus nationalen. Wir sind für ein Europa der Menschen, aber nicht der Banken und Konzerne. Wenn die Arbeiterbewegung nicht den Kampf über Ländergrenzen hinweg führt, werden die rechten Rattenfänger davon profitieren

Wer regiert die Europäische Union?

Man stelle sich vor, in Deutschland würden die Bundestagswahlen abge schafft und die Regierungspolitik würde auf regelmäßig stattfindenden „Gipfeltreffen“ der Ministerpräsidenten der Bundesländer bestimmt. So funktioniert die europäische Politik.

Und alle europäischen Gesetze werden von einem Gremium beschlossen, daß ebenfalls von niemandem gewählt wurde, hinter verschlossenen Türen tagt und niemandem rechenschaftspflichtig ist. In diesem Gremium, dem Rat der EU, darf beispielsweise Außenminister Kinkel Gesetze mitbeschließen, wie es ihm beliebt, selbst wenn die Mehrheit des Bundesrates das Gegenteil entschieden hätte. Die Minister dürfen sogar geheimhalten, wie sie über ein europäisches Gesetz abgestimmt haben.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden zwar alle fünf Jahre gewählt – wobei Millionen Immigranten, die in der EU leben, das Wahlrecht vorerhalten wird – aber die Wählerinnen und Wähler können wählen wie und wen sie wollen, an der Politik und Gesetzgebung der EU ändert sich deshalb lange nichts. Die entscheidenden Gremien, die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs und der Rat der EU können vom Parlament weder abgewählt noch in ihrer Zusammensetzung verändert werden. Im Europäischen Parlament darf geredet aber nicht entschieden werden.

Die Entscheidungen fallen auf den Gipfeltreffen und im Rat der EU, vorbereitet durch die Europäische Kommission. Das geschieht alles hinter verschlossenen Türen. Das heißt natürlich nicht, daß niemand auf die Gesetzgebung der EU Einfluß hätte. Die Konzerne und verschiedenen Industriebranchen haben rund 5000 Lobbyisten in Brüssel auf ihren Gehaltslisten stehen. Die bemühen sich offiziell, oder auch in privater Atmosphäre, auf die entscheidenden Leute im Apparat der europäischen Kommission Einfluß zu nehmen. Schließlich sollen die Gesetzezwänge der Kommission zu ihren Gunsten ausfallen. Gesetze, die für die Interessen des jeweiligen Konzerns oder Industriezweigs von Nachteil sein könnten, sollen erst gar nicht das Licht der Welt erblicken. Wenn man das weiß, wird vielleicht klar, wie es

sein konnte, daß gegen die Ausbreitung des Rinderwahnsinns BSE durch die europäische Gesetzgebung nicht energisch vorgegangen wurde. Wobei dieses Beispiel nur stellvertretend für den ganzen Wahnsinn europäischer Agrar- und Wirtschaftspolitik steht.

Daß das ganze Verfahren vollkommen undemokratisch ist, stift offensichtlich keinen der Beteiligten. Im Gegenteil, in diesem Punkt haben alle Regierungen das gleiche gemeinsame Interesse. Es geht schließlich in allen Staaten darum, Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu machen. Auf nationaler Ebene kommt in der Regel keine Regierung bei der Verabschiedung von Gesetzen an einer öffentlichen Diskussion in und außerhalb des Parlaments vorbei. Die Regierung muß allerhand Propagandatreiben, um zum Beispiel Sparpakete oder Kürzungen im Gesundheitswesen zu rechtfertigen. Dabei macht sie sich auch noch bei den Wählerinnen und Wählern unbeliebt.

In ganz Europa wurden inzwischen umfassende Sparpakete mit dem Totschlag-Argument „Erfüllung der Maastricht-Kriterien“ durchgezogen. Auch bei einzelnen Maßnahmen, beispielsweise bei der Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs, ist es doch viel praktischer, Kritik mit dem Hinweis auf beschlossenes europäisches Recht abzubügeln.

Im Falle der Europäischen Zentralbank (EZB) wird aus der Not gar eine Tugend gemacht. Stolz verkünden Kohl und Waigel, daß die EZB in ihrer Politik völlig unabhängig sein soll und von keinem Parlament Weisungen bekommen kann. Das wäre schließlich zum Wohle aller. Dies ist das Argumentationsmuster von Diktatoren. Kein Zufall, denn tatsächlich geht es um die Diktatur, die Alleinherrschaft, der Banken und Konzerne über die breite Masse der Bevölkerung in Europa. Natürlich wird auch auf nationaler Ebene die Politik letztendlich von den Profitiererszen des Kapitals bestimmt, auf europäischer Ebene geschieht das allerdings noch undemokratischer und damit ungehinderter.

Europäischer Rat

Der Europäische Rat ist die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, in den Medien kurz „Gipfeltreffen“ genannt. Obwohl nicht einmal formal ein „Organ“ der EU, bestimmt diese Versammlung die entscheidenden Fragen der europäischen Politik. Das nächste Gipfeltreffen findet am 14. Juni in Amsterdam statt.

EU-Ministerrat

Der Rat der EU ist das wichtigste gesetzgebende Organ der EU. Der Rat besteht aus den jeweiligen Ministern der EU-Mitgliedsländer. Der allgemeine Rat besteht aus den Außenministern, wenn es um das Thema Verkehrspolitik geht, treffen sich die Verkehrsminister usw. Der Rat beschließt die europäischen Gesetze in Form von Richtlinien und Verordnungen, er hat grundsätzlich das letzte Wort. Nur in einigen Fällen bedarf es der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

EU-Kommission

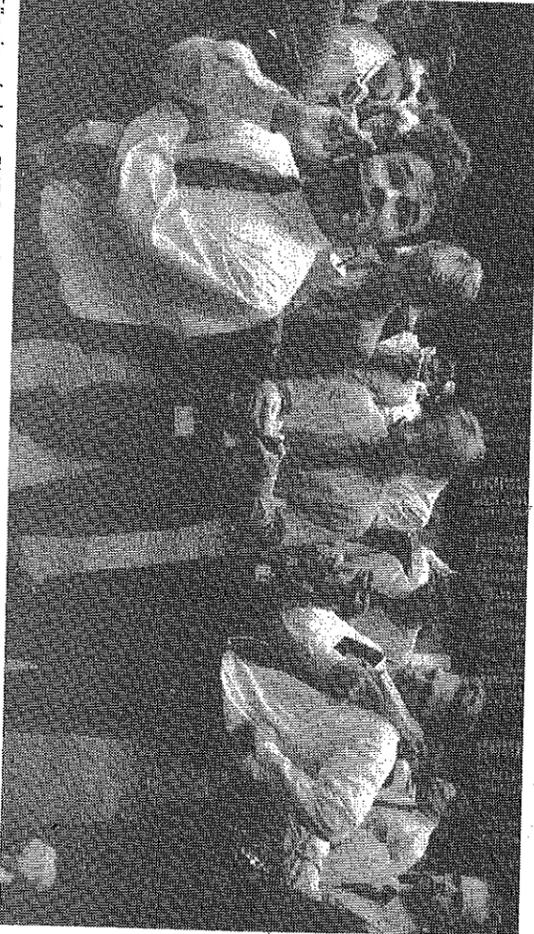
Die Europäische Kommission ist das ausführende Organ der EU. Sie hat das alleinige Vorschlagsrecht für Gesetzesentwürfe. Sie kann mit Verordnungen geltendes Recht setzen. Die Europäische Kommission soll ferner über die Einhaltung der Verträge und der Gesetze wachen, und sie verwaltet den Großteil des Haushalts der EU.

Im engeren Sinne besteht die Europäische Kommission aus 20 Mitgliedern, den Kommissaren. Sie werden nicht gewählt, sondern von den Regierungen der Mitgliedsländer vorgeschlagen und von dem Rat der EU (Ministerrat) für die Dauer von fünf Jahren ernannt; jeweils einer für die kleineren Länder und jeweils zwei für die größeren Länder. Für Deutschland sind das Martin Bangemann, ehemaliger Wirtschaftsminister (FDP) und Monika Wulf-Mathies, ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV 1 Die Mitglieder der Kommission sind ausdrücklich an keinerlei Weisungen gebunden. Das Europäische Parlament kann ihnen das Mißtrauen aussprechen und die Kommission als ganzes ablehnen, nicht aber einzelne Mitglieder.

Im weiteren Sinne ist die Europäische Kommission der Verwaltungsapparat der EU, für den 16.000 Beamte arbeiten.

Europa-Parlament

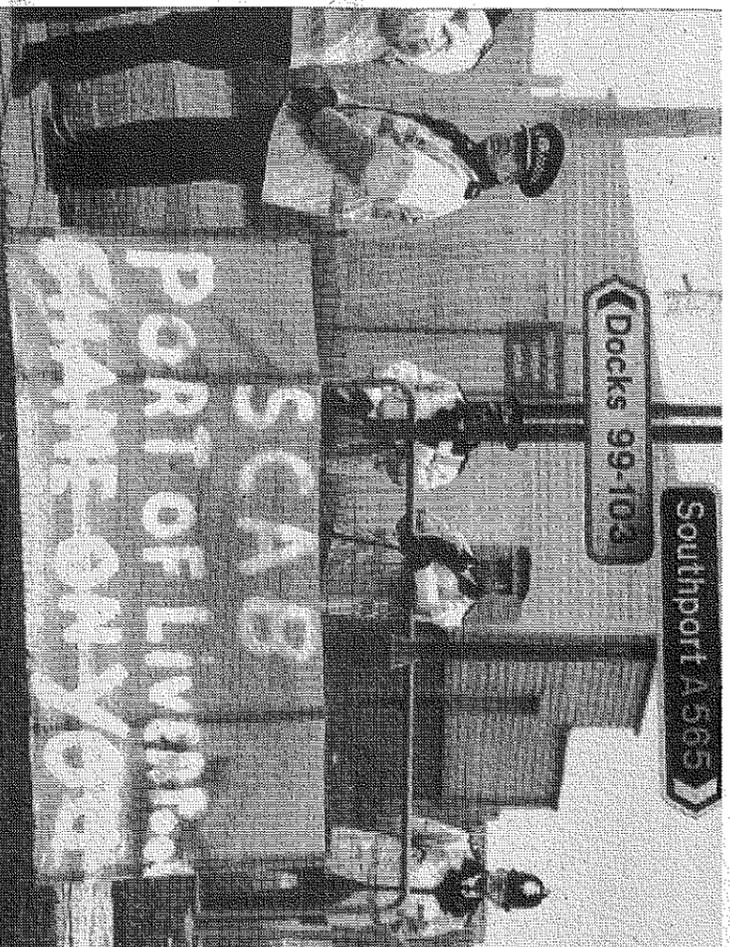
Das Europäische Parlament besteht zur Zeit aus 626 Abgeordneten. Sie werden direkt gewählt. Allerdings hat es kaum Befugnisse. Es kann keine Gesetze vorgeben oder verabschieden. Es kann bis auf einige Ausnahmen nicht einmal Gesetze des Rates der EU stoppen. Der Haushalt der EU kann nur zu einem kleinen Teil und in engen Grenzen vom Parlament bestimmt werden. In der Hauptsache hat auch hier der Rat der EU das letzte



Für sie wird der EURO maßgeschneidert: Die Währungsunion ist vor allem ein lohnendes Projekt für die Kapitalmärkte.

18 Jahre konservative Regierungsherrschaft in Großbritannien haben zu einem drastischen Abbau sozialer Standards und gewerkschaftlicher Rechte geführt. Heute leben die meisten Armen in der Europäischen Union in Großbritannien. Alles sieht danach aus, daß die Tories bei den Parlamentswahlen am 1. Mai abgewählt werden (Redaktionsschluß 23.4.), falls die oppositionelle New Labour-Party nicht noch in letzter Minute Harakiri begeht. Doch auch eine New Labour-Regierung unter Tony Blair wird wohl keine sehr viel andere Politik betreiben. Denn „neu“ ist an New Labour nur, daß sie von den Konservativen kaum noch zu unterscheiden sind, und sich stellenweise sogar reaktionärer als die Tories gebärden.

Über die heutige Lage in Großbritannien informieren die nachfolgenden Berichte.



Hafen von Liverpool: Polizei schützt Streikbrecher

Foto: The Socialist

18 Jahre Tories Waren Genuss

„2,50 DM Stundenlohn ist keine Seltenheit“

Interview mit Stuart Garvie, Metallarbeiter. Er hat von 1979 bis 1995 in Köln gelebt und war zuletzt Betriebsratsvorsitzender in einem mittelständischen Metallbetrieb. Seit 1995 arbeitet und wohnt er in Schottland. Er ist Mitglied in der Socialist Party, der Schwesterorganisation der SAV in Großbritannien.

VORAN: Wie sieht der Unterschied zwischen den deutschen und britischen Sozialsystemen aus?

Unterschiede zum deutschen System gab es immer. Aber man merkt, wie die Kollegen nicht mehr glauben, irgendwelche Rechte zu haben. Oft habe ich mich bei Kollegen nach verschiedenen Rechten oder Leistungen erkundigt, die es früher gab, und die Antwort lautet: „So viel hat sich unter Thatcher geändert, da kann man nichts machen.“

Kannst Du ein paar Beispiele dafür geben?

Nehmen wir die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die gibt es nicht in Britannien. Die ersten 3 Tage bekommst Du gar nichts und dann 9 Pfund am Tag (= DM 22,50). Die wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie ist immer noch 40 Stunden. Es gibt nur ganz wenige Ausnahmen. Urlaub bekomme ich nur 5 Wochen und überhaupt kein Urlaubsgeld. Weihnachtsgeld gibt es auch nicht. Kündigungschutz ist ein Fremdwort. Selbst wenn man krank ist, kann man gekündigt werden.

Wie ist das Lohnniveau?

Der normale Stundenlohn liegt bei 4 Pfund, also 10 Mark. Es gibt keinen Flächentarifvertrag. Alles läuft auf betrieblicher Ebene bzw. ist individuelle Verhandlungssache. Bei der hohen Arbeitslosigkeit führt das dazu, daß viele nur einen Hungerlohn verdienen. Die Tory-Regierung hat vor ein paar Jahren die staatliche Lohnkommission abgeschafft und die Löhne dem freien Fall überlassen. Diese Kommission

Es kommt heute nicht selten vor, daß Leute ihre Arbeitskraft für ein Pfund (DM 2,50) verkaufen müssen.

Wie ist das Preisniveau im Vergleich zu Deutschland?

Die Mieten sind allgemein niedriger. Es gibt aus der Zeit vor Thatcher viel mehr Sozialwohnungen als in Deutschland. Aber sonst sind die Preise genauso hoch wie in Deutschland. Besonders junge Leute sind arm dran. Wenn Du keine vernünftige Arbeit gehabt hast nach der Schule, hast Du keinen Anspruch auf Arbeitslosen- oder Sozialhilfe.

In Deutschland wird Propaganda damit gemacht, daß die Politik der Thatcher-Regierung gerade in strukturschwachen Gebieten zu neuen Arbeitsplätzen geführt hätte. Stimmt das?

In den letzten Jahren sind einige Multis aus dem asiatischen Raum gerade hier nach Schottland gezogen. Die Regierung und die Industriebehörden klopfen sich alle auf die Schulter und meinen, sie wären tolle Vermittler gewesen.

Die wahren Gründe sind aber ganz andere. Diese Konzerne bauen in Europa Produktionsstandorte auf, um auf dem EU-Markt präsent zu sein. Die niedrigen Löhne sind natürlich ein willkommenes Mitnahme-Effekt. Der Durchschnittslohn in der Region von Schottland, wo sich Hyundai (der koreanische Halbleiter-Mult) niederküßt, beträgt nicht einmal zwei Drittel des koreanischen Binnen-Lohnniveaus. Außerdem loben sie die „flexiblen britischen Arbeiter“ – und was heißt hier flexibel? Wenn du Schiff hast, den Mund aufzumachen oder die Überstunden abzulehnen, nennt man dich flexibel.

Wenn die deutschen Gewerkschaften auf Kompromiß setzen und auf den Kampf verzichten, dann sollen sie einen Blick auf die Insel werfen: dann sehen sie ihre Zukunft vor Augen. Was machen die Gewerkschaften?

Das ist das Problem. Die Bit-

cher-Zeit absolut keinen Widerstand organisiert, mit der Ausnahme des Bergarbeiterstreiks 1984/85. Die Mitgliederzahlen sind in den letzten 10 Jahren stark zurückgegangen. Der gewerkschaftliche Organisations- und Aktivitätsgrad ist viel niedriger als in Deutschland. Die Gewerkschaften geben kein Beispiel mehr ab, und das demoralisiert die Leute.

Gibt es derzeit Arbeitskämpfe?

Zum einen ist da der Liverpooler Dokerstreik, der jetzt schon seit 18 Monaten läuft. Es gab Streiks von Postangestellten und einen Metallstreik in einem Betrieb bei Glasgow.

In allen Fällen wurden die Streiks provoziert, indem die Unternehmer einen harten betrieblichen Angriff gestartet haben. Das hat das Faß zum Überlaufen gebracht und die Belegschaften sind in den Kampf getreten. Im Fall des Metallbetriebs wurde der Betrieb sogar mehrere Wochen besetzt. Der Kampf war ein voller Erfolg. Der Boss mußte einen Rückzieher machen.

Haben die Gewerkschaften hierbei eine Rolle gespielt?

Die Lage der Gewerkschaften hat die Arbeiter erstmal dazu gebracht, ohne sie in den Kampf zu ziehen. Seit der Thatcher-Ära erkennen die Kolleginnen, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen.

In Großbritannien immer direkt an die Labour-Partei angebunden. Ist das noch immer so?

Blair und seine New Labour versuchen, die Verbindung zu lösen, und haben es auch zum großen Teil geschafft. Sie erfüllen damit einen Auftrag der Unternehmer. Blair hat immer betont, er werde die Anti-Gewerkschaftsgesetze der Tories nicht abschaffen.

Die Bürokratie der Gewerkschaften glaubt, eine New Labour-Regierung würde einen Unterschied für die ArbeiterInnen bedeuten. Die Masse der Arbeiterschaft wird Labour wählen, aber ohne die Überzeugung von früher.

18 Monate Arbeitskampf in Liverpool

Über 18 Monate dauert bereits der Kampf der Liverpooler Hafnarbeiter für ihre Wiedereinstellung, gegen Billiglöhne und ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Trotz der Härte der Auseinandersetzung und ohne die offizielle Unterstützung ihrer Gewerkschaft TGWU haben sie ein großes Netzwerk von Unterstützergруппen aufgebaut, in Britannien und international. Der Liverpooler Hafnarbeiter Michael Kilcullen berichtet von seinen Erfahrungen.

„Ich würde mich als einfachen Menschen bezeichnen, 49 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder und vier Enkel. Ich war einfach – bis zum 28. September 1995, als mein Leben durcheinander gewirbelt wurde.“

An jenem Tag war ich mit meiner Familie auf Urlaub in Puerto Rico, wir lagen am Strand und sonnten uns. Ich erinnere mich noch, wie ich dachte 'Dies hier ist das Leben', als uns die Nachricht über Radio erreichte, daß die Hafengesellschaft MDHC die gesamte Belegschaft entlassen hat. Ich war einer davon – entlassen in einem anderen Land, nach 27 Jahren loyaler Mitarbeit.

Seitdem vergingen traumatische 18 Monate. Ich bin nach 27 Jahren aus meinem Job entlassen worden, weil ich mich weigerte, eine Streikposten-Kette zu durchbrechen. Ich wurde von Polizei-Spezialeinheiten traktiert und mit CS-Gas besprüht. Mein 'Verbrechen' bestand darin, daß ich auf einem öffentlichen Bürgersteig mit den Händen in der Tasche gestanden hatte, wofür ich 22 Stunden in einer Polizei-Zelle verbrachte; dafür war ich noch nie im Leben auf einer Polizeistation gewesen.

Wir wurden entlassen, weil wir für grundlegende gewerkschaftliche Rechte aufgestanden waren, dazu gehört das Recht, Streikbruch zu verweigern. Die Streikposten waren von jungen Hafnarbeitern Liverpools organisiert worden. Wir entschieden, uns hinter die Jugend der Stadt zu stellen. Wenn wir es nicht täten und wegschauten, blieben uns allen schließlich nur noch billige und ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Das wollten wir nicht zulassen. Ich bin seit 1967 Mitglied der Transportarbeitergewer-

schaft TGWU. Unser Arbeitskampf ist jetzt in einem kritischen Stadium, und es wird Zeit, daß sich die Gewerkschaft mit ihrem ganzen Gewicht hinter die Hafnarbeiter stellt, damit wir einen Sieg erringen können.

Zur Zeit sinken landesweit die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften. Wenn wir diesen Kampf gewinnen (und wir werden ihn gewinnen), dann werden die Leute landauf landab bei den Gewerkschaften anknöpfen und eintreten wollen – vorausgesetzt, die TGWU unterstützt uns. Wir brauchen diese Unterstützung jetzt. Dauernnd erzählt uns unser Gewerkschaftsvorsitzender Morris was davon, daß dann die Gewerkschaft juristisch belangt und ihre Konten beschlagnahmt würden. Ja, und? Wenn ein Gesetz schlecht und unmoralisch ist, haben wir die Pflicht, es zu ignorieren. Unser einziges Verbrechen' war die Verweigerung von Streikbruch.

Gewerkschaft halberzig

Wir haben die Gewerkschaft unser ganzes erwachsenes Leben hindurch unterstützt, und jetzt brauchen wir sie zu unserer Unterstützung. Ich werde keine andere Arbeitsstelle annehmen und dann meiner Stelle im Containerhafen arbeiten.

Unser Kampf ist jetzt international. Es geht nicht nur um Liverpooler Hafnarbeiter, es geht um die Rechte der Arbeiter überall in der Welt. Wir kämpfen nicht nur für uns, sondern für alle, die ebenfalls in Auseinandersetzungen stehen. Wenn wir diesen Kampf verlieren, dann hat die ganze Arbeiterklasse verloren. Wir brauchen die Unterstützung aller Gewerkschaften, ich möchte hinterher nicht hören: „Hätten wir doch die Hafnarbeiter unterstützt...“

Wir hatten viele Höhen und Tiefen in diesem Kampf, aber wir haben wahre Freunde gefunden. Ich habe Stärke gefunden durch meine Kollegen bei den Streikposten. Ich war völlig überrascht vom Stehvermögen meiner Frau, sie ist Mitglied der 'Women on the Waterfront' (Frauen-Solidaritätskomitee). Ihre innere Stärke hat mich manchmal ungehauen, besonders zu Zeiten, wenn ich dachte, ich würde durchdrehen.

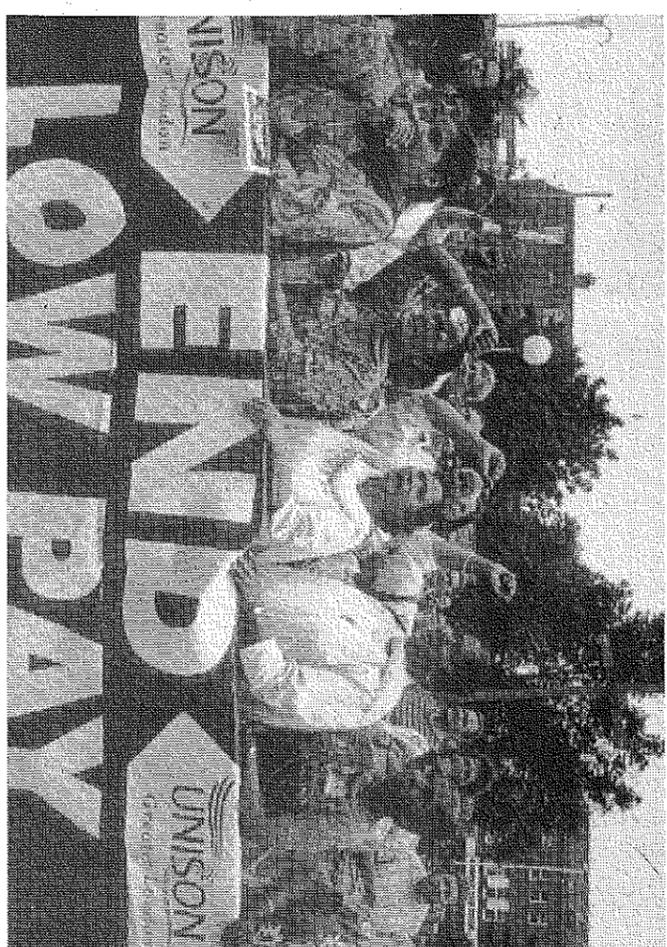
Ich sagte schon, ich bin ein einfacher Mann. Aber meine Frau und meine Kollegen sind nicht einfach, sie sind etwas besonderes, etwas ganz besonderes.

Kollegen, wenn ihr uns bisher noch nicht unterstützt habt, dann tut es jetzt. Wenn ihr uns geholfen habt, dann danken wir euch und hoffen auf weitere Hilfe, bis wir Gerechtigkeit gewonnen haben. Wir sollten uns nicht unter Wert verkaufen. Wir haben ein Recht auf gerechte Behandlung, und das kann nur Wiedereinstellung heißen. Sieg den Liverpooler Hafnarbeitern!“

Spenden und Solidarität an:

Jimmy Davies
Secretary Port Shop Stewards
committee

19, Scotton Street, Liverpool



RENAULT: ERSTER EURO-STREIK

Den ersten europaweiten Streik haben Renault-Arbeiter im März diesen Jahres organisiert. Gegen die Schließung eines Renault-Werkes in Belgien streikten Arbeiter aus Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Slowenien gemeinsam.

Kim Opgenoorth, Köln

Die Ankündigung der Schließung von Renault-Vilvoorde am 27. Februar schlug ein wie eine Bombe. Von einem Tag auf den anderen sollten 3 150 Arbeiter entlassen werden. Dazu kommen die Jobs in den Zulieferfirmen, so daß insgesamt 6 000 belgische Familien von Arbeitslosigkeit betroffen wären.

Die Generaldirektion versuchte, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen, mit der Drohung: wenn Vilvoorde nicht geschlossen würde, müßten 140.000 Renault-Beschäftigten die Verluste tragen. Trotz dieser Spaltungsversuche gab es grenzüberschreitende Solidarität unter den Belegschaften.

300 Renault-Arbeiter aus Vilvoorde führten zu ihren Kollegen ins französische Renault-Werk, um sie zur Solidarität aufzufordern. Die Unternehmensleitung reagierte ungehalten und haute Absperrrungen auf. Die belgischen Arbeiter ris-

sen sie kurzerhand nieder und wurden jubelnd empfangen.

Am 7. März streikten dann Renault-Belegschaften in Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Slowenien. Zusätzlich wurde in der gesamten Automobilbranche in Belgien für eine Stunde die Arbeit niedergelegt. Am gleichen Tag bekam die französische Botschaft Besuch von einigen tausend Kollegen.

Am 16. März nahmen 100.000 Arbeiter am „Marsch der Arbeit“ in Brüssel teil, mit internationalen Delegationen von allen anderen Standorten und aus Deutschland.

Das Argument, der Standort sei zu teuer, kann in Vilvoorde nicht herhalten. Dieses Werk ist mit Subventionen von der EU und dem belgischen Staat überschüttet worden. Drei Jahre wurden keine Steuern gezahlt. Bei Vilvoorde wird 9 Stunden am Tag gearbeitet, in Arbeitswochen von drei, vier oder fünf Tagen. Olympiareife Mannschaften sind dort beschäftigt. Sie haben weniger Rechte als ihre französischen Kollegen.

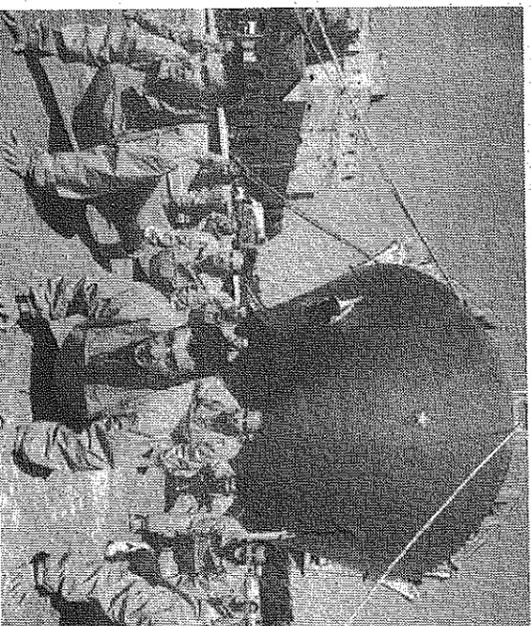
Neben der Schließung von Vilvoorde stehen 2 800 weitere Jobs bei Renault auf der Abschulfliste. Und dies ist erst der Anfang. Der Anfang der Sanierung bei Renault und der Anfang der „Bereinigung“ in der

Albanien Nachbarschaftliche Hilfe Gegen Volksaufstand

Chaos, Bürgerkrieg, Drogen- und Menschenhandel, plündernde Banden von Kriminellen – so wird der Süden Albanens in den Medien dargestellt. Seröse Berichte zeigen jedoch, daß die Bewegung in weiten Teilen den Charakter eines Volksaufstands trug.

einer Übergangsregierung unter Beteiligung der Opposition – wieder unter Kontrolle gebracht werden.

Nicht dagegen im Süden, wo sich Bürgerkomitees gebildet und inzwischen auch zusammengeschlossen haben. „Die Gangster in unserer Regierung sind in der Wirtschaft haben



Ein italienische Kommando bereitet sich in Brindisi auf den internationalen „Friedens“-Einsatz in Albanien vor.

Auslöser war der Zusammenbruch der Finanzgesellschaften, die mit Pyramiden-Spielen die ohnehin mageren Ersparnisse der Bevölkerung abgezockt hatten und eng mit der Regierungspartei und der Mafia verbunden waren.

Die Bevölkerung ganzer Städte war auf den Straßen, stürmte die Kasernen und Polizeistationen, nicht selten mit Sympathie der Soldaten und Polizisten, die selbst alles verloren hatten.

Im Norden und in der Hauptstadt Tirana konnte die Situation mit Ausnahmezustand und politischen Tricks – Einsetzung

Hunderttausenden durch Finanzmanipulationen ihre Ersparnisse geklaut, und jetzt sind wir die Kriminellen, weil wir die Schwelme davorigen wollen“, so einer ihrer Vertreter zu westlichen Journalisten.

Die italienische, die deutsche und andere westliche Regierungen, die das Gangster-Regime des Staatspräsidenten Berlusconi als Garant für den Übergang zum Kapitalismus bisher unterstützt haben, setzen alles daran, die Regierung zu stabilisieren – zur Not auch ohne Berlusconi – die autokratische Bevölkerung zu entwaffnen und den Staatsap-

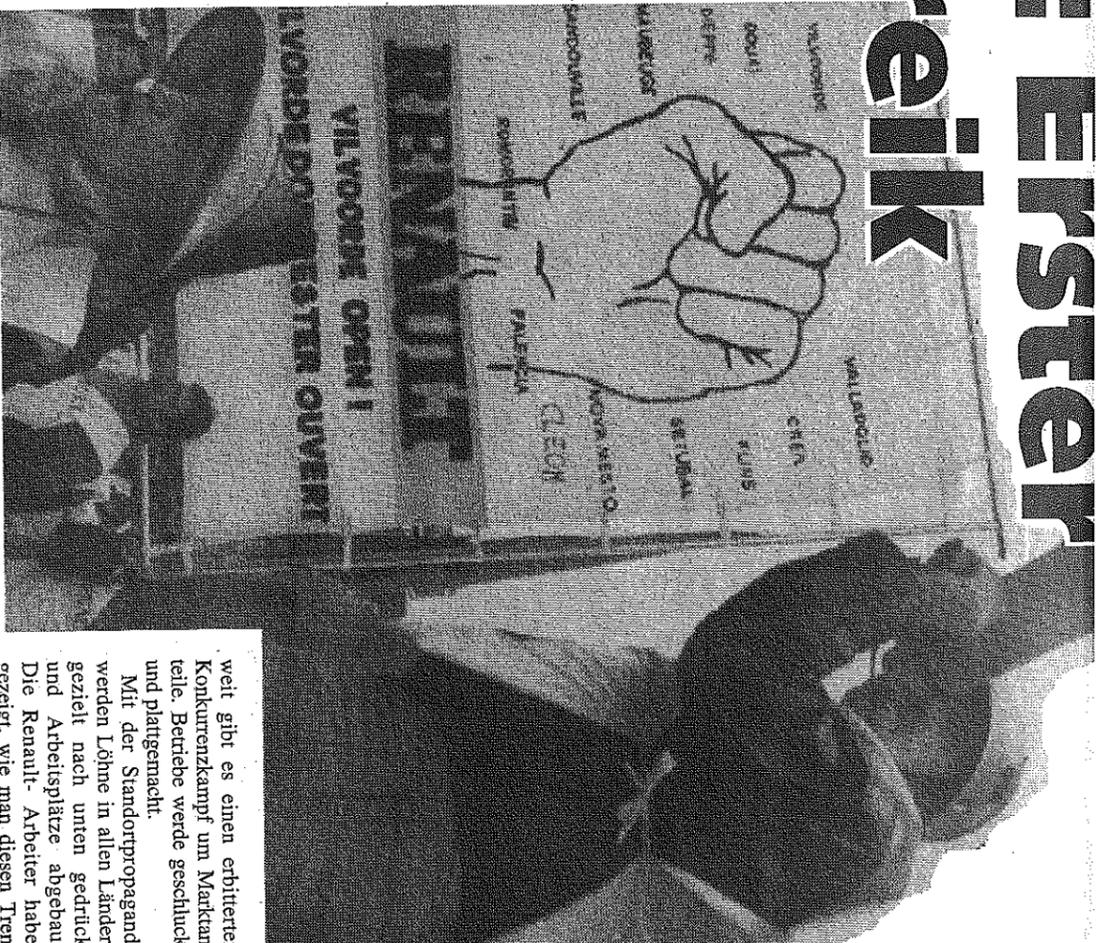
parat neu aufzubauen.

Besonders Italien verfolgt mit dem Schicksal der Albaner eigene außen- und innenpolitische Ziele. Wegen der albanischen Flüchtlinge, die auf überfüllten alten Kriegsschiffen die Adria überqueren, wurde eine Seeblockade verhängt. Dabei wurde ein Flüchtlingsschiff zum Kentern gebracht und über 100 Menschen starben. Man könnte meinen, hunderttausende Albaner seien nach Italien geflohen, dabei sind es gerade mal ganze 12.000, deretwegen für die betroffenen Regionen Italiens gleich der Notstand ausgerufen wurde. Offenbar ist der Regierung Prodi unter Führung der PDS (Ex-Kommunisten) jedes Ablenkungsmanöver von innenpolitischen Problemen recht.

Besatzungsmacht

Nachdem Albanien in diesem Jahrhundert schon zweimal von Italien besetzt war, zuletzt unter der faschistischen Herrschaft Mussolinis, ist eine internationale „Friedens“truppe unter italienischem Kommando sicherlich auch gerade das, worauf die albanische Bevölkerung gewartet hat.

„Der UNO-Generalsekretär soll selber herkommen und uns erklären, warum wir die Waffen abgeben sollen, der Gangster an der Statsspitze aber weiterregieren darf. Wir geben unsere Waffen nicht her. Sie sind unsere einzige Überlebensgarantie. Sind wir erstmal entwaffnet, wird die Berlusconi-Regierung die famose internationale Hilfsuppe wieder fortschicken und uns alle an die Wand stellen... Nein, wir müssen hier selbst Ordnung schaffen, eine eigene Polizei aufstellen, die nicht von Tirana abhängt – zumindest nicht, solange diese Leute dort herrschen



Die Renault-Arbeiter weisen den Weg: grenzüberschreitender Kampf ist nötig.

gesamten Automobilindustrie. In ganz Europa gibt es ungefähr 90 Autofabriken, die ohne grobe Schwierigkeiten 18 Mil-

Italien: Nein zum Europa des Profits

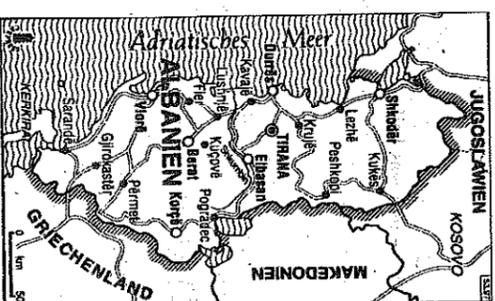


Rund 300.000 Menschen haben am 22. März in Italiens Hauptstadt gegen die hohe Arbeitslosigkeit im Land protestiert, es war eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre. Italien hat eine offizielle Arbeitslosenquote von 12,5 Prozent. Im Süden hat gar jeder vierte keinen festen Job, die Jugendarbeitslosigkeit liegt dort bei 50 Prozent.

Mehr als 2 000 Sonderzüge und Busse brachten die Teilnehmer in die Hauptstadt der Verkehr kam zeitweise zum Erliegen. Die drei großen Gewerkschaftsverbände hatten zu der Demonstration aufgerufen, und damit zum ersten Mal gegen die Mitte-„links“-Regierung unter Führung der PDS (Ex-Kommunisten) mobilisiert. „Wir sagen nein zum Europa des Profits“ war ein zentraler Slogan der Demonstranten.

– und schon gar nicht vom Ausland“ so ein Rebell-Offizier in der süditalianischen Hafenstadt Vlore.

Die politischen Ziele der Bewegung im Süden sind unklar, einigend ist nur die Forderung nach dem Rücktritt Berlusconis. Politische Alternativen, Parteien oder Organisationen gibt es nicht. Daher wird sich das Element des Volksaufstands auch nicht ewig halten. Schon gibt es Berichte, daß immer stärker Offiziere der Armee den Ton in den Komitees angeben; auch könnten örtliche Kriminellen-Banden wieder stärker an Boden gewinnen.



Hafenstreik in Brasilien

Die Hafentarbeiter von Santos in Brasilien kämpfen gegen die Einführung von Gelenheitsarbeit auf dem Terminal einer Stahlgesellschaft. Der Hafen ist lahmgelegt, die Streikenden haben zwei Schiffe besetzt. Jetzt droht ein Eingreifen der Armee, um die Schiffe zu räumen. Die Arbeiter bitten um internationale Hilfe für ihren Kampf.
Kontakt: Fax 00-55-13-2324877, e-mail: Interportus@portodesantos.com, Englischsprachige Infos im Internet: <http://www.labournet.org.uk>

Türkei

In der Westtürkei haben Dorfbewohner gegen den industriellen Gold-Abbau mit dem Gift Zyanid protestiert. 4000 Menschen besetzten am 22. 4. das Minengelände der internationalen Betreiber-Gesellschaft Eurogold in der Nähe von Bergama. Sie wehren sich gegen die menschen- und umweltgefährdende Abbau-Methode.
Das Wachpersonal versuchte, sie mit Warnschüssen zu vertreiben, aber die Proteste gingen weiter. Die Behörden beorderten Einheiten von Polizei und paramilitärischer Gendarmerie auf einen Einsatz vor.
In der Region Bergama sollen pro Jahr 2,5 Millionen Tonnen Erde bewegt und 250 000 Tonnen Erde gewaschen werden. Wissenschaftler schätzen, daß bei dem Verfahren täglich 350 Kilogramm Zyanid verwendet werden, um das Gold von der Erde zu trennen. Die Region lebt bislang vom Oliven-Anbau und vom Tourismus.

Verschlechterung für Kinder

Eine dramatische Verschlechterung der Lage der Kinder in den Staaten des früheren Ostblocks hat das UNO-Kinderhilfswerk UNICEF festgeschrieben. Die junge Generation sei von wachsender Armut und dem Zusammenbruch staatlicher und sozialer Strukturen am härtesten betroffen, berichtet UNICEF. Die Zahl der Straßenkinder nehme deutlich zu und die Selbstmordraten unter Jugendlichen seien seit den 80er Jahren dramatisch gestiegen. Hinzu kämen immer häufiger „Krankheiten der Armut“ wie Diphtherie und Tuberkulose.
Der Übergang von der Planung zur Marktwirtschaft habe für Millionen Familien den Abstieg in Arbeitslosigkeit und Armut gebracht, stellte das Kinderhilfswerk als eine Ursache für die Entwicklung fest. Allein in Rußland lebten heute zwei Drittel der Familien mit kleinen Kindern in Armut.

In Bulgarien und Rumänien gelten 2,5 bis drei Millionen Kinder als arm. Mangel- und Unterernährung hätten deutlich zugenommen. In Polen seien 60 Prozent der Kinder schlecht ernährt.

Sinkende Lebenserwartung und hohe Sterblichkeit bei Männern zwischen 20 und 39 Jahren machten viele Kinder zu Waisen. Ursachen seien Zunahme von Krankheiten, schlechtere medizinische Versorgung und wachsende Kriminalität. In Rußland liege die Lebenserwartung nur noch bei 58,3 Jahren (1989: 64,2).

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder 7. macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmen und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren.
Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schrecken vor konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“.
Deshalb wurde 1994 die **SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV)** von Gewerkschaftlerinnen, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung **VORAN** gegründet. Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufspoliker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen.
Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.
Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

Wofür wir kämpfen

Arbeit für Alle
★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung; Gesundheitswesen, Altenpflege.
★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
★ Verteilung der Arbeit auf Alle
★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
★ Qualifizierte Ausbildung für jeden und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
★ Gleicher Lohn in Ost und West
★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
★ Nein zu Privatisierungen
★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen
★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
★ Weg mit dem Paragraph 218
★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr
Umweltschutz
★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs
Bezahlbare Wohnungen
★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Solidarität
Weil die kleine Minderheit aus Unternehmen und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, Jung und alt.
Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale, zusammengeschlossen.“
Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben.
Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international.
All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.
Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Gegen staatlichen Rassismus

★ Weg mit den Ausländergesetzen
★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

★ Gegen Auslandsentsätze der Bundeswehr
★ Stopp von Rüstungsexporten
★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmen und Regierung
★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung; Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

mitmache

Martin, Schüler, 15 Jahre, Rostock

Früher habe ich öfter mit meinen Kumpels die „feine“ Gesellschaft in ihren Restaurants mit Tomaten beworfen. Auch habe ich Nachrichten gesehen und manchmal mit Leuten diskutiert, war aber nirgendwo organisiert. Als ich dann Anfang diesen Jahres nach Rostock gezogen bin, lernte ich die SAV über einen Infostand gegen die Kürzungen im Rostocker Haushalt kennen.

Bei der nächsten Aktion der SAV zum Frauentag machte ich mit. Obwohl Jusos, Falken, PDS und Gewerkschaftsjugend formal anwesend waren, hörte man nur die SAV mit ihren Aussagen und Forderungen. Im Gegensatz zu meinem früheren blinden To-



Die Rostocker SAV in Aktion

matenwerfen waren hier Leute, die politische Antworten auf die Scheiß-Kürzungspolitik und Ideen für Gegenwehr hatten.

Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
 - Ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Spendenfonds

Geld gegen Banker

Für die Mobilisierung zur internationalen Demo in Amsterdam gegen das Europa der Banken und Konzerne hat die SAV 6000 Plakate gedruckt. Dafür und für weiter Flugblätter, Telefon- und Kopierkosten sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Bei Unterschriftensammlungen zur Unterstützung der Demonstration an Infoständen,

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Berlin**
OG Treptow: Montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park
OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, Kiez-Club
Jahnskiert 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
OG Wedding: Mittwoch 19 Uhr, Linkstr. Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz
Infos unter Tel.: (030) 4408429 im SAV-Büro
- Stuttgart**
OG Mitte: Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
OG Süd-West: Mittwoch 19.30 Uhr, Jugendhaus Hesiach (Böblingen Str. 92)
Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro
- Aachen**
OG Ost: Montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG Nord: Mittwoch, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG West: Mitwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Dritte-Welt-Haus.
- Berlin**
An der Schanz 1
Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro
- Siegen**
Dienstags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 18 (beim oberen Schloß)
Infos unter Tel. (0271) 51291
- Bremehaven**
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro
- Bremen**
Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hassteder Ostreich 230.
Infos über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504
- Kassel**
OG Nordost: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
OG West: Freitags, 19 Uhr, Werkstatt-Cafe, Fr.-Ebert-Str. (gegenüber der Stadthalle)
Infos unter Tel. (0561) 16491
- Holger Ernst aus Aachen sagt, warum er in die SAV eingetreten ist.**
Bis letzten Sommer habe ich mich kaum für Politik und so interessiert, aber als ich dann mitbekam, wie in meinem Urlaubsort in Holland Holländer und andere „Ausländer“ von deutschen Skinheads angegriffen wurden, begann ich nachzudenken. Wieder zuhause begann ich dann immer öfter in die Zeitung zu schauen und mich weiter speziell über dieses Thema, aber auch über andere politische Themen zu informieren. Mit einem guten Freund, der schon länger etwas länger Interesse an dem Thema hatte, ging ich dann zu verschiedenen Aktionen, unter anderem gegen Ausblutungsstand und gegen das Nazi-Zentrum in Dürwiß. Dort lernte ich auch die Leute von der SAV kennen. Zuerst verstand ich nicht genau, was die überhaupt wollten, aber nach einigen Unterhaltungen und einem ausführlichen Gespräch war mir klar, daß die SAV genau das war, was ich suchte.
Auch wenn viele sagen „Mit den paar Leuten erreicht ihr doch sowieso nichts. Wozu geht ihr euch überhaupt, solche Mühe?“ denke ich, daß wir es trotzdem schaffen, die Leute auf die Mißstände in unserem Land, aber auch weltweit, hinzuweisen und, daß wir viele Leute dazu bringen, selbst einmal nachzudenken, warum es so ist und was man dagegen tun kann.
- Rostock**
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro
- Köln**
Donnerstags, 19 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
Infos unter Tel. (0221) 134504
- Frankfurt/Main**
Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7
Infos unter Tel. (069) 453275
- Freiburg**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Sonstige**
Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504:
Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Offenbach/Main, Gelsenkirchen/Recklinghausen

VORAN
Impressum
Übersetzbare marxistische Monatszeitung - Fischerstr. 92/3
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche RedakteurIn: Angela Barakat
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04, Fax 02 21 / 13 72 80
e-mail: SAV@IN.DSAOL.com
Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 2360) (00 43) Konto 2500 59-430

Ich erteile VORAN e.V. eine **Einzugsermächtigung** über:
DM einmalig monatlich verteiljährlich
Kontoführer: Anschrift
Kontobank: BLZ
Ort, Datum, Unterschrift
Bitte einsenden an: SAV, Hansaring 4, 50670 Köln

ABONNIERT VORAN!
 zehn Ausgaben zu 25,- DM
 zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 50,-)
Name, Adresse, Telefon

Bundeskongreß der SAV

Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau - europaweit

160 Arbeiterinnen, Arbeitslose und Jugendliche aus 16 Städten versammelten sich vom 18. bis 20. April zum jährigen Bundeskongreß der Sozialistischen Alternativen.

Unter dem Motto „Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau - europaweit“ wurde über drei Tage lang intensiv über die Haltung der SAV zur Europäischen Währungsunion, die Entwicklung von Arbeitsprotesten und den Aufbau der SAV diskutiert.

Sascha Stanicic, SAV-Bundesvorstand

Der Kongreß sprach sich eindeutig gegen Maastricht und die Einführung des Euro aus. Für

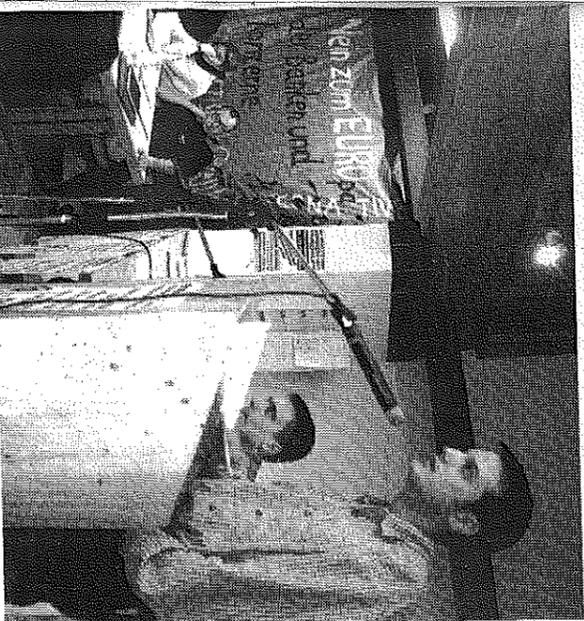


Foto: Sven Krüger

die nächsten Monate wurde eine Kampagne im Rahmen der Europäischen Märkte gegen Arbeitslosigkeit beschlossen und die Mobilisierung zur europaweiten Demonstration in Amsterdam zum Schwerpunkt gemacht.

Mit großer Mehrheit verabschiedete der Kongreß ein Dokument mit dem Titel „Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei“ und eine „Resolution zum Parteiaufbau“. (Die Kongreßbeschlüsse können bei der Redaktion angefordert werden, 5 DM in Briefmarken beilegen.)

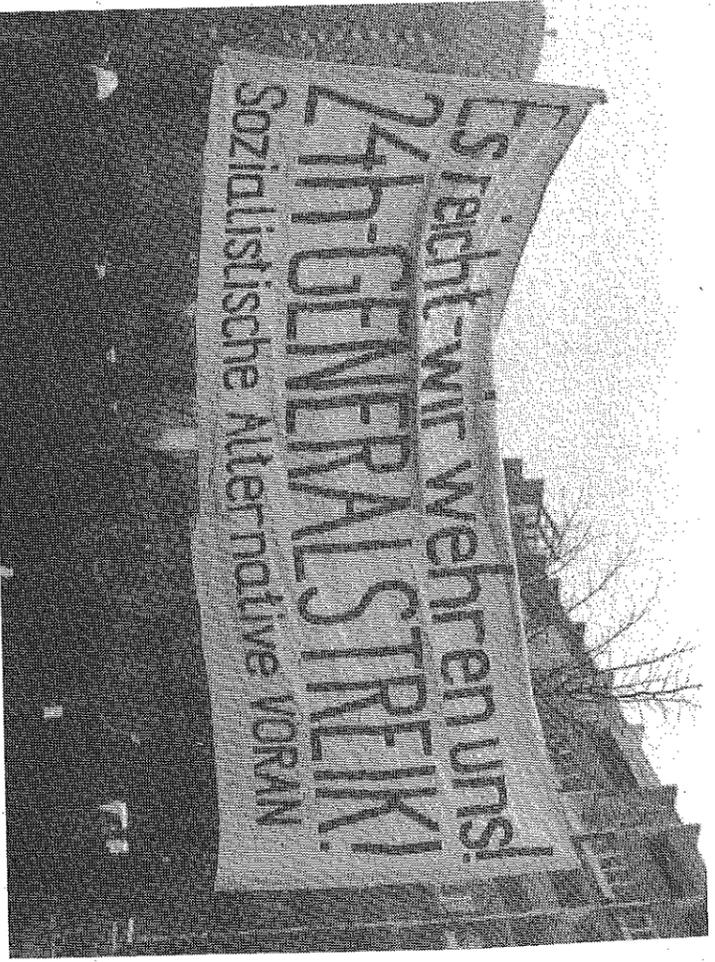
„Die SPD ist von der CDU kaum noch zu unterscheiden. (...) Die Arbeiterklasse hat heute

keine starke (...) politische Vertretung. Der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, die die aktiven und kämpfenden Teile der Arbeiterklasse und der Jugend umfasst, ist deshalb ein notwendiger Schritt. Die SAV wird eine möglichst große Schicht von Arbeiterinnen, Arbeitslosen und Jugendlichen ansprechen und diesen unsere Partei als die politische Alternative präsentieren. Es gibt heute nur eine Partei, die wir anbieten können – die SAV.“

Kandidaturen

Ein Diskussionspunkt war die Frage von eigenständigen Kandidaturen bei Parlamentswahlen. Anknüpfend an die Kandidatur zu den Kommunalwahlen in Bremerhaven 1995, als wir auf Anhieb 1064 Stimmen (2,3 Prozent) erzielten, beschloß der Kongreß: „Die SAV tritt grundsätzlich bei allen Wahlen an, wo sie die Möglichkeit dazu hat.“

In der Diskussion über unsere praktische Arbeit wurde die Bandbreite der Aktivitäten der SAV und ihrer Mitglieder deutlich. Lucie Redler, Schülerin aus Kassel, berichtet vom erfolgreichen Kampf für den Erhalt des Autonomen Frauenhauses Gaby Otto. Mutter von fünf Kindern aus Köln, berichtet vom Kampf um den Erhalt des Arbeitsplatzes ihres Mannes und wie sie sich dadurch zum Eintritt in eine sozialistische Partei entschlossen hat. Andere Rednerinnen berichteten von ihrer Arbeit als Gewerkschafterin und Betriebsrätin. Zum ersten Mal versammelten sich am Ran-



Mit der Kampagne für einen Generalstreik gegen Kohls Sparpaket im letzten Jahr rann die SAV bei vielen Kolleginnen offene Türen ein. Auf Demonstrationen und Streiks, auf der Straße und vor Schulen sammelten SAV-Mitglieder über 10.000 Unterschriften für den Generalstreik.

de des Kongresses die schwulen, lesbischen und bisexuellen SAV-Mitglieder, um über ihre Situation zu diskutieren und politische Arbeit in diesem Bereich zu beraten. Dieser Schritt wurde von allen Teilnehmerinnen des Kongresses begrüßt.

Neue Mitglieder

Zwei der 19 Gäste entschlossen sich noch während des Kongresses, in die SAV einzutreten. Einer von ihnen, Ralf aus Köln, sagte dazu: „Früher wußte ich nicht, ob ich spinne, oder ob die Politiker spinnen, wenn ich über die Absurditäten von Gesundheitsreform oder Massenarbeitslosigkeit nachgedacht habe. Jetzt weiß ich, daß da System hintersteckt.“

Beendet wurde der Kongreß durch den 79jährigen Horst Steinert, der seit den 20er Jahren in der sozialistischen Arbeiterbewegung aktiv ist, und zum Abschluß noch einmal zum Kampf gegen den Faschismus aufrief.



In Kassel hat die SAV zusammen mit den Betroffenen für die Verteidigung des autonomen Frauenhauses gekämpft. Die Reaktion bei den Informationsständen war großartig, hunderte unterschrieben die Forderung nach Erhalt des Frauenhauses. Die Stadt ist jetzt unter Druck geraten, der Mietvertrag von der Stadt wird wohl verlängert werden.

Wahlkampf in Irland

Die Sozialistische Partei Irlands kann in den nächsten Wochen einen wichtigen Durchbruch erreichen. Zu den bevorstehenden Parlamentswahlen haben wir eine Reihe von Kandidaten aufgestellt.

Sinead Daly, Dublin, Socialist Party,

Die Abscheu gegenüber Skandalen und Korruptionsaffären der Regierung und etablierten Parteien ist weit verbreitet. Politiker nahmen Bestechungsgelder an, hinterzogen Steuern, versuchten die Verschwendung von Blutbanken, was dazu führte, daß tausende Menschen mit Hepatitis C infiziert wurden und eine Frau bereits verstorben ist. Die Stimmabgabe für unsere Kandidaten wird von vielen Menschen als einzige Möglich-

keit gesehen, wirkliche Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse ins Parlament zu bekommen. Unsere führende Rolle in der Massenkampagne gegen die verhasste Besteuerung des Wassertranchaus und der schlechtliche Erfolg hat uns große Anerkennung verschafft und Möglichkeiten eröffnet.

Die Abschaffung der Wassersteuer war einer der größten Siege für die arbeitende Bevölkerung Irlands seit langem. Die Regierung glaubte, sie könne diese Steuer den Leuten aufzwingen und jeden Widerstand brechen. Nichtzähler, auch alte Rentner, wurde vor die Gerichte geschleift und mit dem Abdehlen der Wasserversorgung bedroht.

Wir haben dagegen eine Massenkampagne von unten organisiert gesehen, wirkliche Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse ins Parlament zu bekommen. Unsere führende Rolle in der Massenkampagne gegen die verhasste Besteuerung des Wassertranchaus und der schlechlichen Erfolg hat uns große Anerkennung verschafft und Möglichkeiten eröffnet.

ein Schock für das politische Establishment war, besonders für die Labour-Party (Sozialdemokratie), deren Stimmen zusammenschrumpten.

Die Wassersteuer wurde zurückgezogen, weil die allgemeinen Parlamentswahlen bevorzugen und die Regierung befürchtet, sie an uns zu verlieren.

Doch wir geben keine Ruhe. Die „Allianz für Steuerrechtigkeit“ hat 10 Kandidaten aufgestellt, davon sind 5 Mitglieder der Sozialistischen Partei. Wir rechnen damit, mindestens einen, vielleicht drei Sitze zu erringen. Dies würde uns auf die politische Landkarte bringen und die Grundstein dafür legen, daß wir in den kommenden Jahren eine bedeutende politische Kraft in Irland werden können.

ein Schock für das politische Establishment war, besonders für die Labour-Party (Sozialdemokratie), deren Stimmen zusammenschrumpten.

Die Wassersteuer wurde zurückgezogen, weil die allgemeinen Parlamentswahlen bevorzugen und die Regierung befürchtet, sie an uns zu verlieren.

Doch wir geben keine Ruhe. Die „Allianz für Steuerrechtigkeit“ hat 10 Kandidaten aufgestellt, davon sind 5 Mitglieder der Sozialistischen Partei. Wir rechnen damit, mindestens einen, vielleicht drei Sitze zu erringen. Dies würde uns auf die politische Landkarte bringen und die Grundstein dafür legen, daß wir in den kommenden Jahren eine bedeutende politische Kraft in Irland werden können.

Euro-Märsche in Österreich

An den österreichischen Arbeitsämtern sind über 300.000 Menschen offiziell arbeitslos gemeldet, ein trauriger Rekord. Die einzige Alternative der Regierung ist die altbekannte Standort-leier: Lohnkürzungen, Abwälzung der Lohnnebenkosten auf die Beschäftigten, Steuererleichterungen für die Unternehmer, Kürzungen im Sozialbereich, usw.

Ali Kropf, Wien, Sozialistische

Die Sozialdemokratie, unter Führung des neuen Bundeskanzlers Viktor Klima verlaunt unterdessen, daß die Politik gar keine Arbeitsplätze, sondern nur Rahmenbedingungen schaffen könne.

— Aber auch der österreichische Gewerkschaftsbund OGB sieht der Arbeitslosigkeit ohnmächtig gegenüber und beschränkt sich auf Forderungen wie: Aufnahmeme einer Beschäftigungsklausel in die Maastrichter Verträge. Der Präsident des österreichi-

gen, Rat- und Tatenlosigkeit der Regierung, Parteien und Gewerkschaftsbürokratie anzuklagen. Zu diesem Zweck, und um die Betroffenen zu mobilisieren, veranstalten wir wöchentlich Kundgebungen und Protestaktionen, wie die Umzingelung der österreichischen Industriellenvereinigungen in Wien. Den Höhepunkt wird natürlich die Demonstration am 14. Juni im Amsterdamer Stadion. Auf nach Amsterdame – die Renault-Beschäftigten haben uns den Weg gewiesen.

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im Komitee für den Aufbau einer Arbeiter-Internationale (KAI, engl. CWI - Committee for a Workers International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.



Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer demokratischen sozialistischen Demonstration. Das KAI hat Mitgliedsorganisationsstrukturen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E9 5QX, GB
Tel.: 0044/181/953 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk

Jugendcamp in Schweden

Vom 25. bis 31. Juli 1997 organisiert die sozialistische Jugendbewegung „Elekvaplanen“ ein Sommerlager in Schweden.

In der Nähe von Göteborg, in reizvoller Umgebung am Strand, werden eine Woche lang Diskussionen, Erfahrungsaustausch und Freizeitmöglichkeiten geboten, wie Schwimmen, Angeln, Kanu, Sauna.

Währungsunion, Rassismus, Anarchismus, Veganer, die schwedische Revolution 1917, uvm.

Die Teilnahmegebühr einschließlich Mahlzetteln beträgt 700 Kronen (ca. 160 DM) für Einkommensbezieher bzw. die Hälfte für Nichtverdiener, Kinder unter 12 Jahren sind frei.

Buchung und nähere Infos unter Tel.: 0046-8-724 9962

Währungsunion, Rassismus, Anarchismus, Veganer, die schwedische Revolution 1917, uvm.

Die Teilnahmegebühr einschließlich Mahlzetteln beträgt 700 Kronen (ca. 160 DM) für Einkommensbezieher bzw. die Hälfte für Nichtverdiener, Kinder unter 12 Jahren sind frei.

Buchung und nähere Infos unter Tel.: 0046-8-724 9962

Stoppt die Diktatur der Banken

„Wildwestmanieren“ und „amerikanische Verhältnisse“ wurden beim versuchten Übernahme-Deal von Thyssen durch den Konkurrenten Krupp-Hoesch beschworen, die es zu verhindern gelte. Dabei sind die deutschen Verhältnisse kein Deut besser oder schlechter, nur eben anders. Was in den USA als offene Schlacht läuft – Übernahme, Ausschachtung der Konzerne, Verkauf der Einzelteile, Marktbereinigung – spielt sich hierzulande dezent hinter den Kulissen ab, wobei die Banken die Fäden ziehen.

Angela Bankert, Köln

Während die Stahlarbeiter zur Demonstration vor der Zentrale der Deutschen Bank aufmarschierten, bastelten die Gelddealer drinnen ziemlich uneindruckt schon am nächsten Coup. Der Bankkonzern Holzmann soll vom Konkurrenten Hochtiel (zu RWE gehörend) übernommen werden. Praktischerweise sitzen Deutschaniker sowohl bei RWE als auch bei Holzmann im Aufsichtsrat. Dazu legt die Deutsche Bank ihre Holzmann-Anteile mit denen von Hochtiel zusammen. Hinzu kommen die von der Bank verwalteten Stimmen von Kleinaktionären (Depositarrecht), so daß Deutsche Bank und Hochtiel nun über eine Mehrheit bei Holzmann verfügen.

„Die Dealer von der Deutschen Bank machen die Gesellschaft krank“

Demonstrierende Stahlarbeiter in Frankfurt

Den KHD-Konzern ereilt auch ohne „feindliche Übernahme“ schon seit über zehn Jahren, seit die Deutsche Bank Hauptaktionär wurde, das Schicksal das Ausschleichens und Verkaufens der Einzelteile.

Die Deutsche Bank hält Wert-

papiere anderer Unternehmen im Wert von 50 Milliarden DM und ist an über 300 Firmen beteiligt, von Allianz über Daimler und Karstadt bis VEW und Metallgesellschaft. Die zwölf Deutsche Bank-Vorstandsmitglieder sitzen in 70 Aufsichtsrä-

„Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“

(Mackie Messer in der „Dreigroschenoper“ von Bertholt Brecht

ten, darunter Siemens, Rheinmetall, VW, Schering, VIAG, Tchibo, Bertelsmann, Kaufhof, BASF, ABB, Nestlé.

Die Deutsche Bank ist auch dabei, groß ins Investment-Banking einzusteigen, der in den USA und Großbritannien gewinnträchtigsten Finanzsparte. Das hat nichts mit realen Investitionen zu tun, gar für gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze, sondern bezeichnet den Geschäftsbereich: Kauf, Fusionen, feindliche und friedliche Übernahmen, Ausgabe und Handel mit Wertpapieren.

Dafür kauft sich die Deutsche Bank die Londoner Morgan Grenfell Bank als Investment-Tochter für schlappe 2,7 Milliarden DM. Für weitere Milliarden wurde neue Technik und neues Personal beschafft: 1000 Investmentbanker wurden für lukrative Gehälter und hohe

Banken auch die kleinen Leute ab, die jeden Handschlag bei der Verwaltung ihrer Gelder extra bezahlen müssen: hohe Kontogebühren, ein obszönes Gefälle zwischen Soll- und Haben-Zinsen, verzögerte Zur-Wertstellung bei Einzahlungen sind nur

einige Methoden im Arsenal dieser modernen Wegelagerer. Kein Wunder, daß die Großbanken auch im Jahr 1996 wieder der Rekordgewinne verbuchen konnten. Ein Betriebsergebnis von 5,8 Milliarden DM erzielte die Deutsche Bank. Bei der Commerzbank stieg das Betriebsergebnis um +29 Prozent auf 1,86 Milliarden.

Beteiligungsspezis, Aufsichtsratsmandate und Depotstimmrecht sichern den Banken einen überragenden Einfluß auf die Wirtschaft sowie eine politische Machtstellung, von der alle gewählten Politiker zusammen nur träumen können.

Gewerkschafter* und Politiker fordern eine Beschränkung der Bankenmacht. Das deutsche Universalbank-Prinzip (Finanz- und Industriegeschäfte unter einem Dach) wird infrage gestellt; die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Banker soll auf 5 begrenzt werden. Solche zahnlosen Forderungen lauten darauf hinaus, dem Tiger ein paar Krallen zu ziehen.

Die Banken machen mit dem Reichtum, den wir erwirtschaften, Politik gegen unsere Interessen. Sie gehören verstaatlicht und unter demokratische, gesellschaftliche Kontrolle gestellt.

Dann wäre es möglich, ausgewiesene Gewinne und versteckte Rücklagen zu investieren, statt sie für schnarotzerische Finanzgeschäfte zu verpulvern. Ein Stop von Zinszahlungen könnte durchgesetzt werden, was auch und gerade für die öffentlichen Haushalte wichtig wäre, von denen 20% in den Schuldendienst gehen. Allein aus dem Bundeshaushalt wurden 1996 Zinsen in Höhe von 86 Milliarden DM gezahlt, der zweitgrößte Haushaltsposten im Gesamtergebnis von 451 Milliarden. Die Öffnung der Bücher und Kontrolle der Bankgeschäfte wäre auch ein wirksamer Riegel gegen Steuerflucht, bei der heute die Banken als Komplizen beihilflich sind.

Ohne sich mit den Banken anzulegen und ihre Macht zu brechen, ist keine Wirtschaftspolitik im Interesse der Mehrheit der Gesellschaft möglich.



Stahlarbeiterprotest in Frankfurt. Die Banken machen mit dem Reichtum, den wir erwirtschaften, Politik gegen unsere Interessen

Foto: Sven Krüger

Nazi-Aufmärsche verhindern!

Die Nazis kriechen wieder aus ihren Löchern. Ermüdet durch ausländerefeindliche Sprüche von Politikern, wittern sie Morgenluft. Überfälle und Anschläge auf Ausländerinnen und Linke haben in den letzten Monaten, vor allem im Osten, wieder zugenommen.

Doch nächtliche Gewalttaten alleine reichen nicht zum Aufbau einer faschistischen Bewegung aus. Die Rechten wollen Stärke zeigen, wollen als politische Kraft ernstgenommen werden und sich die Möglichkeit offenen Auftretens zurückerobern. 1992-94 hatten massive antifaschistische Proteste zwar die feigen Morde nicht verhindern können, aber dafür gesorgt, daß Faschisten keine offenen Demonstrationen oder Kundgebungen machen konnten.

Mit dem geplanten Aufmarsch in Leipzig am 1. Mai wollen die Neonazis ihren Erfolg von München wiederholen, wo am 1. März 5000 Rechte – vor allem Schlägertypen – in der größten rechten Demonstration seit über 20 Jahren marschierten.

Mit der Parole „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ versuchen sie, an der Angst vor der Arbeitslosigkeit anzusetzen und so

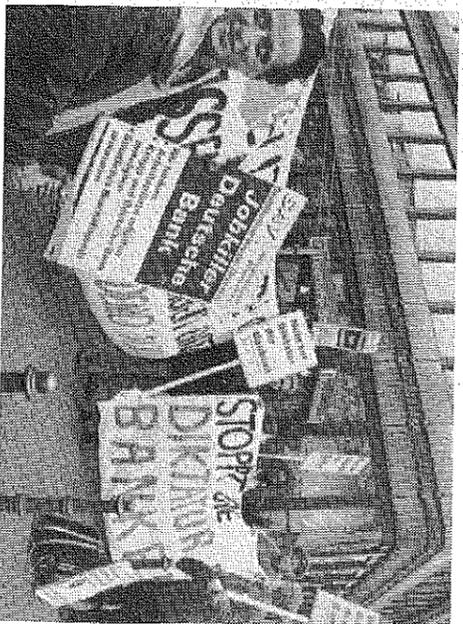
deutsche und ausländische Arbeitnehmer gegeneinander aufzuhetzen. Sie erklagen damit das Geschäft der Konzernherren, die den Arbeitsplatzabbau vorantreiben und darauf setzen, daß die Beschäftigten so gespalten werden können, daß sie sich nicht wehren.

Die Arbeiterbewegung muß darauf klare Antworten haben und für den gemeinsamen Kampf von Deutschen und Ausländerinnen und für die internationale Gegenwehr gegen den sozialen Kahlschlag einstehen.

Dabei ist jedoch absolut wichtig, daß den Faschisten nicht die Straße überlassen werden darf. Ein ungestörter Aufmarsch einiger tausend Neonazis in Leipzig würde deren Selbstbewußtsein stärken, ihnen Zulauf bringen. Das würde wiederum vermehrt brutale Übergriffe bedeuten.

Die SAV tritt daher für die Verhinderung aller Nazi-Aufmärsche durch Massenmobilisierung ein und beteiligt sich an den Aktionen in Leipzig und anderswo.

Zu diesem Thema siehe auch S. 5



Protestaktion der Aachener SAV. Die Lokzeitung berichtete: „Trotz des provokativen Tons fand sich ziemliche Zustimmung.“